

Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS
Band: 3 (1974)
Heft: 12

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 27.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Konzept

Auflage 37 000 Preis Fr. 1.20

Redaktion: Pierre Freimüller, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweingruber

Redaktions- und Verlagsadresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Telefon 0 (01) 47 75 30

Abonnemente: Jahresabonnement Inland Fr. 15.—, Ausland Fr. 18.— Bestellungen beim Verlag

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich, Tel. 0 (01) 47 34 00

Echo aus der Leserschaft

«Die Reichen und die Superreichen in der Schweiz: Kein Mittel gegen Superreiche?» Seite 3
Wem passt ein schweizerisches Friedensforschungsinstitut nicht? Die Angst von dem (Un-)Frieden Seite 6
Die Schergen von Uncle Sam (II). «Wir tun, was uns gefällt?» Seite 7
Unsere Porno-Ecke Seite 10
Walter M. Diggelmann Das Glück der besten Jahre Seite 11
Moçambique wird unabhängig Unser Volk wird vereint sein Seite 11

Ringier am TV: Ideologie statt Information

Hat da jemand behauptet, Ringier als der Schweiz grösster Verlag wolle vor allem Profit machen und zudem systemfreundliche Ideologie unter die Leute bringen? Weit gefehlt! Die beiden obersten Grundsätze im Unternehmen Ringier sind das Wohl des Lesers und die Vielfalt der Presse. Dies wenigstens ist das Fazit der TV-Diskussion «Aus erster Hand» mit dem Präsidenten der Ringier-Direktion, Heinrich Oswald, früher Knorr-Boss und Armee-reformer. Die Fragen von Alphons Matt und dem Solothurner Ständerat und Verlagsdirektor Ulrich Luder förderten keine neuen Informationen über Ringier zutage. Sie waren Oswald vielmehr bequeme Stichworte, seine Ideologie an den Mann zu bringen. Hätte Oswald zwei hausgemachte Stichwortlieferanten, wie hätte er sich hüten aus ihrem Chef nicht besser machen können als Matt und Luder.

Der Fernsehzuschauer habe einen Mann kennengelernt, meinte die «Basler Nachrichten» zufrieden-naiv über die TV-Hommage à Oswald, «der mit seinem vornehmen Wesen und seinem asketisch geschnittenen Gesicht in souveräner Weise ein Pressekonzept darlegte, dem man nun einfach die Berechnung nicht absprechen kann». Pressekonzept. Es waren schöne Worte für die alte Tatsache, dass man bei Ringier (wie auch anderswo) das Geld mit Presseprodukten verdient. «Man könnte das einfach eingestehen und auf die entdeckte Marktliche stolz sein», meinte das «Vaterland». «Oswald lässt es nicht damit bewenden, sondern sucht ein ideologisches Fundament...»

In der Tat! Der grösste Klotz in diesem ideologischen Fundament ist die Lesertheorie. Wenn Oswald von Matt gefragt wird, ob die Ringier-Politik in erster Linie auf den Leser oder auf den Inserenten ausgerichtet sei, dann darf man dreimal raten, was dem besorgten Heinrich Oswald am meisten am Herzen liegt: «Das Anrecht des Lesers auf die bessere Information geht allen anderen Erwägungen voraus.» Schön wär's.

Oswalds Beteuerung ist nicht einmal falsch. Nur unvollständig. Selbstverständlich strebt jeder Verlag möglichst viele Leser an - aber nur, weil das der einzige Weg ist, auch möglichst viele Inserate reinzuholen. Man kichert den Leser, um ihn anwachsend den Inserenten zu verkaufen. Denn von den Inserenten leben die Presseprodukte schliesslich. Nicht von den Abonnementsbeiträgen, die oft kaum die Kosten für die Leserbetreuung und Leserverwerbung decken.

Wenigstens kurz warf die TV-Diskussion ein Streiflicht auf diesen Zusammenhang. Man «aber Sie wollen doch ein grosses Leserschaft, seien wir ehrlich, in erster Linie wegen der Inserenten». Oswald: «Meinen Sie, die Inserenten würden ihre Inserate geben, wenn die Zeitung nicht gelesen würde? Das ist ja wohl der Urbeginn.» Für Ringiers «Schweizer Illustrierte» hat Oswald diesen Urzusammenhang einmal so formuliert als nationale Illustrierte frei von Brutalität, frei von jedem politischen Extremismus und frei von jeglichem Kokettieren mit anarchistischen Experimenten, ist zweifellos auch der beste Garant und das beste Umfeld für die erfolgreiche Entfaltung

der Werbung, deren Voraussetzung der gesicherte Bestand unserer (?) freien Wirtschaft ist.) Oder noch prägnanter, ebenfalls in Oswalds Worten: «Ein Presseunternehmen ist ein Unternehmen, das in der freien Marktwirtschaft nach den Gesetzen von Aufwand und Ertrag funktioniert.» Das heisst: mit grösstmöglichem Profit.

Weil Ringier ein Unternehmen wie andere ist, läuft beispielsweise im Moment eine breite Kampagne zur Leistungsverbesserung aller Mitarbeiter. Oswalds Motto: «Der sinnvolle Einsatz der menschlichen Arbeit in allen Sparten ist heute lebenswichtig für das Unternehmen.» Und weil Ringier ein Unternehmen ist, wird Ringier ein Unternehmen sein, um ein weiteres Beispiel zu nennen, will es auch im Falle eines Typographentreibs Geld verdienen. Bereits ein rekrutiert aus dem Kader und aus ehemaligen Schriftsetzern unter Ringier-Journalisten, die Streikbrecher zusammengestellt, um im Ernstfall anstelle der verschiedenen Ringier-Blätter eine Einheits-Wochen-lustrierte herauszubringen. Und weil Ringier ein Unternehmen ist, wird darauf geachtet, dass nicht im redaktionellen Umfeld die Interessen grosser Inserenten tangiert werden (und wenn mal mit einem zu kritischen Artikel eine Panne passiert, kann man im Hause Zeter und Mordio schreien und gegen aussen unverfroren darauf hinweisen, wie unabhängig doch der Textteil vom Inseratenteil sei). Zum Wohle des Lesers.

Der zweite Klotz in Oswalds ideologischen Fundament ist seine Sorge um die Vielfalt der Presse, mit anderen Worten: um die Profite seiner Konkurrenten. Weil es einfach zu unserer Demokratie gehört, dass wir ein gewisses Spektrum haben, habe Ringier das feilgebotene «Luzerner Tagblatt» nicht gekauft, erklärt Oswald. Warum auch? Das freisinnige «Luzerner Tagblatt» hat ohnehin gute Aussichten einzugehen, und seine Leser werden wohl weniger zum «Vaterland» (CVP) als vielmehr zu den «Luzerner Neuesten Nachrichten» wandern. Und die gehören bereits Ringier. Warum also viel Geld aufwerfen und sich überdies pressopolitisch die Finger verbrennen für etwas, was einem in absehbarer Zeit gratis in den Schooss fällt? Was kann denn Ringier dafür, wenn ihm die Leser nachlaufen?

Oswald kann hunderte Male beteuern, Ringier sei in der Schweizer Presse-landschaft kein Gigant. Trotzdem schlecht keine Geiss weg, dass er mit der «Schweizer Illustrierten» und dem «Blick» bei den Illustrierten und bei der Boulevardpresse über eine Monopolstellung verfügt, die heute keiner mehr knacken kann (man erinnere sich an die «Woche» oder die «Neue Presse»). Ein Monopol hat Ringier auch bei der Journalistenausbildung. Mit seiner neugegründeten privaten Journalistenschule hat er nicht nur die ganze Konkurrenz ausgetrickelt (die finanziell schlicht nicht mehr mithalten kann), sondern sich auch die ideologische Kontrolle über den eigenen Nachwuchs gesichert. Erklärtes Ziel der Journalistenschule ist es, «brauchbare Journalisten» auszubilden. «Ein Pressekonzept, dem man nun einfach die Berechtigung nicht absprechen kann.»

Jürg Frischknecht

Schweizerische Fernseh- und Radio-Vereinigung ganz intim

Die ferngesteuerten Fernsehsäuberer

Kritik war den «Besitzern» der Schweiz schon allemal ein Dorn im Auge. Wer es wagt, sakrosankte Prinzipien in Frage zu stellen, stempelt man schnell zum gefährlich subversiven Element ab, und wer sich gar dazu hinreissen lässt, «unsere» Wirtschaft mal in Frage zu stellen, wird flugs zum «Feind einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung» - das schlimmste, was es hierzulande überhaupt geben kann. Gerät sol-

che Kritik gar in eine Fernseh- oder Radiosendung, dann sind stracks Leute zur Stelle, die zum Rechten schauen, indem sie die Säuberung dieser Medien von jeglicher linken Tendenz fordern. Wer sind diese Leute, die behaupten, das Anliegen einer Mehrheit der Zuschauer zu vertreten, und in wessen Interesse handeln sie wirklich? Der folgende Artikel versucht, auf diese Frage eine Antwort zu geben.

ter der Bundesversammlung lauschten gleich und unterschrieben.

Am 19. Juni 1972 doppelte der Presseedienst der SVP nach. Zur Stützung des Postulats Akeret/Krauchthaler veröffentlichte er eine Dokumentation, die beweisen sollte, dass das Fernsehen von Subversiven unterwandert sei. Dieses Pamphlet war von SVP-Pressechef Markus Rohr derart oberflächlich und dilettantisch zusammengeschustert worden, dass sich sogar SVP-Politiker diskret davon distanzieren mussten. Trotzdem fühlte sich daraufhin das Fernsehen verpflichtet, sich zu rechtfertigen. Für die SVP hatte - wie aus SVP-Kreisen zu vernehmen ist - die Dokumentation die nicht unerwünschte Nebenwirkung, dass die Partei in der Öffentlichkeit besser verankert war, in Presse und Fernsehen mehr beachtet wurde. Es dürfte deshalb auch nicht ganz zufällig sein, dass kurz darauf (Fortsetzung auf Seite 2)



«Unsere Bemühungen haben sich gelohnt, endlich ein objektiver Tagesschau-Sprecher!»

Den Sendungen des Schweizer Fernsehens kann beileibe nicht nachgesagt werden, sie seien besonders farbig - es sei denn, man meine damit nur die Pigmentierung der Bildröhre. Vergleicht man etwa die faden Berichtserstattungen aus dem Bundeshaus mit den immerhin lebendigen Debatten, die man am ARD verfolgen kann, so müssen einem die Akkreditierten im Palais fédéral schon eher als Hofschranzen vom Dienst vorkommen: Behördenstreue zählt hier über alles, ein Bundesrat hat zum vornherein immer recht, und kritische Fragen gelten als Majestätsbeleidigung. Nicht besser bestellt ist es mit vielen «kontradiktorischen» Sendungen - ein Mästrchen davon gibt der nebenstehende Kommentar, ein anderes Beispiel brachten wir schon mit unserem Artikel über die Sendung «Tatsachen und Meinungen» in der Juli-Nummer dieses Jahres. Denn einerseits ist die Zusammensetzung solcher Diskussionsrunden oft recht einseitig, und andererseits wagt man es nicht, befragte «Persönlichkeiten» ins Kreuzfeuer zu nehmen, kritische Fragen an sie zu richten, zu denen sie auch klar Stellung beziehen müssten. Weil es an Mut fehlt, wird mit solchen Sendungen mehr denn nötig nur Langeweile ausgestrahlt. Dass es mit den Informations-sendungen auch nicht unbedingt besser

bestellt ist, hat die Tagesschau-Untersuchung «Welttheater für Eidgenossen» zur Genüge bewiesen.

Ausbooten auch im Zweifelsfalle

Trotzdem gibt es Leute, die unbeirrt festzustellen glauben, das Schweizer Fernsehen sei von Linken unterwandert. So forderte zum Beispiel Ex-Bundesanwalt und SVP-Mitglied Hans Walder am 10. April 1972, dass «die Linksextremisten, die sich in den Massenmedien einzunisten wussten, ausgebootet werden, und zwar auch dann, wenn es ausserordentlich schwerfällt, ihnen ihre Verbindungen mit staatsfeindlichen Organisationen nachzuweisen». Offenbar war Walder damals nicht der einzige, der rot sah, denn noch im gleichen Monat brachten die beiden SVP-Parlamentarier Akeret und Krauchthaler ihr Fernsehpostulat im National- respektiv Ständerat ein. Schon damals nahmen sie ihre Funktion als Volksvertreter sehr wörtlich, hatten selbstverständlich ihr Ohr an den Lippen der Öffentlichkeit und stellten auch prompt fest, dass ein weiten Kreisen der Bevölkerung ein Unbehagen über die oftmals ungenügende Objektivität und Ausgewogenheit gewisser Fernsehsendungen herrsche. 129 Volkstre-

SCHWEIZERISCHE FERNSEH- UND RADIO-VEREINIGUNG
Überparteiliche Vereinigung Schweizerischer Fernsehzuschauer und Radiohörer

An die Konzernleitung
... .. AG,
... .. H. Herr Dr.
Vorstand
0000
3001 Bern, März 1974

Sehr geehrter Herr Dr.
Wie Ihnen durch Fernsehen, Radio und Presse bekanntgeworden sein dürfte, ist kürzlich die Schweizerische Fernseh- und Radio-Vereinigung gegründet worden. Es handelt sich um eine überparteiliche Organisation bürgerlicher d.h. nicht links orientierter Schweizer Bürger und Bürgerinnen, die von 50 namhaften Persönlichkeiten ins Leben gerufen worden ist. Sie will mit der Zeit breite Bevölkerungskreise unseres Landes umfassen und deren freiheitlich ausgeübte Interessen gegenüber den Monopolmedien, den Behörden und der Öffentlichkeit aktiv und mit Erfolg vertreten. Zentrales Ziel ist, die bekannnten informations- und programmpolitischen Missbräuche des Fernseh- und Radiomonopols zu bekämpfen. Es geht nicht mehr an, dass die Monopolmedien durch einseitige Nachrichtenauswahl und z.T. eindeutig links orientierte Sendungen - ohne Gegen darstellung - breite Schichten unserer Bevölkerung in einer ideologisch nicht allen erkennbaren Weise beeinflussen und vor allem unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem oft in gravierender Weise diffamieren. Nicht umsonst nimmt die Wirtschaftsfreundlichkeit immer mehr zu, und nicht umsonst werden zunehmend übertriebene Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft unseres Landes gestellt. Es ist viel zu wenig bekannt, dass die politische Linke durch den ARBUS seit vielen

Jahren über eine aktive Organisation verfügt, die wesentlichen Einfluss auf die Programmgestaltung nimmt und auch in den Organen der Sendegesellschaften vertreten ist.

Hier muss endlich ein Gegengewicht geschaffen werden. Zuviel steht auf dem Spiel. Und da bisher Kritiken, auch parlamentarische Vorstösse, wirkungslos geblieben sind, müssen neue Wege gegangenen werden. Nur die Methode der direkten Demokratie, d.h. die Organisation der Basis bzw. einer von breiten Bevölkerungskreisen getragenen und konsequent geführten Organisation, verspricht jetzt noch Erfolg. Und das ist die SFRV, die Schweizerische Fernseh- und Radio-Vereinigung. Besonders für den Start benötigt unsere Vereinigung - vor allem für die notwendige Aufklärungs- sowie die breit angelegten Presse- und Werbekampagnen - allerdings grosse finanzielle Mittel. Im Namen der Gründungsmitglieder (vgl. beilieg. Namenliste) gestatten wir uns daher, Sie um Ihre Unterstützung zu bitten, indem Ihr Unternehmen der SFRV als Kollektivmitglied beiträgt und darüber hinaus einen einmaligen namhaften Gründungsbeitrag zur Verfügung stellt. Die Mitglieder des Zentralvorstandes des SFRV, die ehrenamtlich tätig sind, stehen Ihnen mit allen nötigen Auskünften zur Verfügung.

Wir hoffen auf Ihre tatkräftige Mithilfe zur Herstellung einer politisch ausgewogenen und den wahren Interessen unseres Volkes und unserer Wirtschaft dienenden Medienpolitik bei Radio und Fernsehen.

Mit freundlichen Grüßen:
Schweizerische Fernseh- und Radio-Vereinigung
Zentralvorstand
NR Prof. Dr. W. Hofer
Geschäftsleitung
Dr. R. Mauch

Bank: Schweiz. Bankgesellschaft, Bern.

Fortsetzung von Seite 1

das ehemalige SVP-Zentralvorstandsmitglied Mark Roland Peter zum TV-Bundeshausberichterstatte gewählt wurde.

Anlässlich der Veröffentlichung der SVP-Dokumentation hatte SVP-Rohr gedroht: «Man könnte sich eines Tages gezwungen sehen, falls die zuständigen Aufsichtsorgane nicht Remedur schaffen, eine Art Gesellschaft zum Schutz des Fernsehzuschauers zu gründen.» Knapp zwei Jahre später war es soweit: Am 30. Juni 1974 riefen «60 namhafte Persönlichkeiten» die «Schweizerische Fernseh- und Radio-Vereinigung» (SRFV) in Leben und die Wirtschaft zum grossen Spenden auf (siehe dazu den abgedruckten Bestellbrief). An ihrer Spitze steht als Präsident Prof. Dr. phil. Walther Hofer, SVP-Nationalrat, Dozent an der Uni-

Brief könnte die Vereinigung gar nicht tätigen, in wessen Interesse sie aktiv ist und welche Bedürfnisse sie befriedigen will. Sicher nicht jene «breitere Bevölkerungskreise», sondern eben jene der Wirtschaft.

Wie «volksnah» die 50 Herren des Hofer-Klubs sind, zeigt sich unter anderem schon daran, dass nicht weniger als die Hälfte von ihnen Mitglied irgendeines Verwaltungsrats ist und ein weiterer Teil die Spitze mächtiger wirtschaftlicher Gruppen oder Firmen repräsentiert (siehe dazu die Mitgliederliste). Politisch setzt sich die Vereinigung vor allem aus Kreisen der Schweizerischen Volkspartei, der Freisinnigen und der Christlichdemokraten zusammen. Einige Querverbindungen zu Organisationen, die sich auch der Säuberung der Schweiz von verderblichem Gedankengut und der Erhaltung eines «beherrschten» solchen verschrieben haben, fallen auf: zum «Redressment National» etwa oder zum «Schweizerischen Aufklärungsdienst».

... mit der grossen Kelle schöpfen

Allzumehr verglichen sich die Hofer-Fans mit dem ARBUS («Arbeitnehmer Radio- und Fernsehband der Schweiz») und unterschieden, dieselben Ziele zu verfolgen, mit gleichzeitiger Betonung, endlich ein Gegengewicht zu schaffen. Doch der Widerspruch fällt ins Auge: der ARBUS verfügt über das bescheidene Budget von 10 000 Franken im Jahr, die SRFV hat immerhin ein Jahresbudget von 800 000 Franken, wovon 600 000 allein für Propaganda-Kampagnen, Diffuser sind die Angaben bezüglich der Mitgliedschaft: SRFV-Sekretär Willy Güdel sprach schon von 20 000, die ihr Unbehagen mittels SRFV-Mitgliedschaft artikulieren, kleine Spender sollen viele dabei sein. Güdel gab im Oktober an einer SP-Veranstaltung aber an, pro Mitglied seien durchschnittlich rund 350 Franken gespendet worden. Bei dem Jahresbudget von 800 000 Franken würde das also 2300 Spender ergeben. Zudem ist ja der abgedruckte Bestellbrief nicht gerade für Schreiberartenbesitzer konzipiert.

Zur Durchsetzung ihrer Ziele begnügt sich die SRFV nicht mehr mit Interventionen auf parlamentarischer Ebene. Sie zieht alle Register, um ihren Druck auf Radio und Fernsehen laufend zu verstärken. Im April 1974 tauchte der Appenzeller Ständerat Raymond Broger im Fernsehstudium Zürich auf und liess sich ein paar Dutzend angeblich «tendenziöse» Filme vorführen. Broger tat dies in seiner Eigenschaft als Präsident der Vorbereitenden Kommission für den Verfassungsentwurf über Radio und Fernsehen. Die schwarze Liste der von ihm beanstandeten Sendungen hatte er jedoch von der SRFV, deren Mitglied er ist. Diese eher schamlose Ausnutzung seines Amtes für private Zwecke ist auch in der Presse auf Kritik gestossen.

Ein weiteres Beispiel, wie die Kreise der Fernsehsäuberer Stimmung machen: Am 5. November 1974 schoss SRFV-Gründungsmitglied Dr. Kurt Lareida in seinem «argauer Tagblatt» gegen den Tagesschau-Mitarbeiter Peter Achten. «Achten war zunächst bei den Basler Nachrichten» untragbar geworden und trat dann in die «National-Zeitung» über, wo er sich nun zur «Tagesschau weitermauert.» Lareida war Achten vor, er hätte bei den BN unter anderem «wegen allzu penetrant zum Ausdruck kommender Verachtung des damaligen nordwestnischen Kommunistenführers Ho Chi Minh zurückgepfiffen werden» müssen.

Als Beobachter des Blattes hätte er in einer Strassendemonstration für die Demonstranten Partei ergriffen und sich in einem Handgemenge mit der Polizei engagiert. Der Chefredaktor der gewiss nicht im Verfall der Linkslastigkeit stehenden BN, Oskar Reck, hat zwei Tage später die Meldung Lareidas in aller Form als unwahr erklärt.

Doch der Hauptzweck war wohl erreicht: Ein weiterer Schritt zur Einschüchterung sämtlicher Fernseh- und

Mitglieder der schweizerischen Fernseh- und Radiovereinigung

- Präsident**
- Prof. Dr. Walther Hofer*, Nationalrat, Professor für Geschichte an der Uni Bern (svp.)
- Vizepräsidenten**
- Dr. Ernst Bieri*, Bank Bkr, Zürich, ehem. Zürcher Finanzdirektor, Oberst, Dienstheer und Haus (fdp.)
- Edgar Oehler*, Nationalrat, Gipsermeister in Balgach und Chefredaktor der katholisch-stöckkonservativen «Schweiz», hat sich in jüngster Zeit besonders durch seine Aussagen zugunsten der christlichen Obristen hervorgetan (cvp.)
- Willy Sauer*, Nationalrat, Vizepräsident der Maschinenfabrik Oerlikon, Zürich (csp.)
- Mitglieder**
- Marcel Aeschbacher, Sekretär des Landesverbandes freier Schweizer Arbeiter (fria. «Gewerkschaft», Zürich (fdp.)
- Dr. Erwin Akert, Nationalrat, Verleger des (Zürcher) «Weinländer Tagblatt», Winterthur (svp.)
- Dr. Eduard Amstad, Ständerat, Rechtsanwalt, Beckenried N (csp.)
- Hans Bähler, Grossrat, Ing. agr., Murten (svp.)
- Prof. Dr. Hans Georg Bandi, Prof. für Urgeschichte an der Uni Bern
- Walter Baumann, Nationalrat, Landwirt und Wirt, Schafisheim AG (svp.)
- Dr. Max Beer*, Kaufmann, Bern (fdp.)
- Alois Bommer, Nationalrat, Oberichter, Landwirt u. Gemeindefürer, Rickenbach ZT (csp.)
- Dr. Raymond Broger, Ständerat, Landammann im Kt. Appenzell Innerrhoden, Versicherungsombudsman, vereint unzählige weitere öffentliche und private Ämter auf sich (csp.)
- Dr. Hans Conzett, Verleger (Conzett und Huber), Zürich
- Dr. Peter Dürrenmatt, Nationalrat, ehem. Chefredaktor der «Basler Nachrichten» (fb.-csp.), Vizepräsident des Schweiz. Aufklärungsdienstes (SAD)
- Walter Franke, Fabrikant, Aarburg
- Dr. Othmar Frei, Verkehrsredaktor der Stadt Luzern, Meggen
- Dr. Heinrich Fuster, Filmproduzent (Condor-Film AG), St. Moritz (fdp.)
- Jakob Furter, Schreibbuchhalter, St. Gallen
- Willy Güdel, Journalist, Bern
- Dr. Theodor Gut, Nationalrat, Chefredaktor der «Schweizer Zeitung», St. Gallen
- Prof. Dr. Fritz Gygi, Professor für Staatsrecht an der Uni Bern, Mitglied der juristischen Expertenkommission für den Radio- und Fernsehartikel (svp.)
- Josef Harder, Alt-Regierungsrat, Frauenfeld
- Dr. Fritz Honegger, Ständerat und Verwaltungsrat zahlreicher Unternehmen (u. a. Elektro-Watt), Zürich (fdp.)

- Dr. Ernst Jäberg, Regierungspräsident, Bern. Wurde vor einiger Zeit vor allem wegen seines repressiven «Chindlfräser-Gesetzes» angefochten (svp.)
- Frau E. Lardelli*, Grossrätin, Nationalrätin, Fribourg, Chur (csp.)
- Dr. Kurt Lareida, Chefredaktor, Aarau
- Innozenz Lehner, Nationalrat, Rechtsanwalt, Brtg (csp.)
- Felix Matthys*, lic. rer. pol., Universitätsassistent Zürich (Junge Mitte spv.)
- Dr. Rolf Mauch*, Sekretär der aargauischen Handelskammer, Aarau (fdp.)
- Franz Muhlem, Ständerat, Fürsprecher und Notar, 41facher Verwaltungsrat, Aldorf (csp.)
- Theo Prammer, EDV-Leiter, Strengbach AG
- Niklaus Rentsch, Fürsprecher, Bern (Junge Mitte spv.)
- Kurt Rietmann, lic. rer. pol., Aarau
- Albert Rychen, Lehrer, Lyss (Junge Mitte spv.)
- Alfred E. Sarasin, Präsident der Schweiz. Bankiervereinig., Riehen
- Adelrich J. Schuler, Nationalrat, Redaktor der katholisch-konservativen «Neuen Zürcher Nachrichten», Thalwil (csp.)
- Walter Slegenhals, Präs. der Kantonalbank von Bern, Muri
- Fritz Stähli, Stadtpräsident, Biel
- Dr. Ullin Streiff, Rechtsanwalt, Mitglied des «Redressment National», Uster (fdp.)
- Dr. Robert Stuber, Gymnasiallehrer, Biel (fdp.)
- Dr. med. Alfred Stucki, Thun
- Dr. Gion Clau Vincenz, Ständerat, dipl. Ing. agr., Chur (csp.)
- Eduard Vögeli, lic. jur., Fehraltorf (Junge Mitte spv.)
- Dr. Kurt Völk*, Direktor der Schweizerischen Bankgesellschaft, Zürich (partellos)
- Dr. h. c. Joachim Weber, Nationalrat, Landwirt, Rickenbach Sz (fdp.)
- Hermann Weyeneth, Landwirt, Jegenstorf BE
- Dr. Sigmund Widmer, Stadtpräsident Zürich. «Stapf» Widmer bekam die «Opposition» der Bevölkerung etwas hart zu spüren, als er sich mit einer bedingungslosen Unterstützung des U-Bahn-Projektes ein wenig zu unternahmerfreundlich gezeigt hatte.
- Edzard Wüstendörfer, Schauspieler und gelegentlicher Fernsehsprecher, Zürich (partellos)
- Dr. Hans Zwicky, Redaktor NZZ, Gümliingen BE

Die mit einem * versehenen Mitglieder gehörten der Geschäftsleitung der SRFV an, die von R. Mauch präsiert wird. Bedeutung der Abkürzungen: svp. = Schweizerische Volkspartei (ehem. fdp.); fdp. = Freisinnig-demokratische Partei, csp. = Christlichdemokratische Volkspartei, ldu. = Landesring der Unabhängigen.

SRFV SCHWEIZERISCHE FERNSEH- UND RADIO-VEREINIGUNG

Überparteiliche Vereinigung schweizerischer Fernsehzuschauer und Radiohörer

14. 6. 74

Generaldirektion der Nestlé Alimentana 55, ab Nestlé 1800 Vevey

Sehr geehrte Herren,

Herr Dr. Karl Völk, Direktor der Schweizerischen Bankgesellschaft in Zürich und Vizepräsident unserer Geschäftsleitung, ersucht mich, Ihnen die von unserer Programmbeobachtungsstelle gesicherten Unterlagen zum Sujet «Nestlé» in der Tagesschau des Deutschschweizer Fernsehens vom 10. Juni 1974 (spät) zu übermitteln.

Ich sende Ihnen deshalb als Beilage eine Niederschrift unserer Video-Aufzeichnung sowie eine Photographie des Titels «Nestlé tötet Babies», der in der betreffenden Tagesschau-Ausgabe während 15 Sekunden gezeigt wurde.

Unsere Programmbeobachtungsstelle hat insbesondere die Aufgabe, Radio- und Fernsehsendungen zwecks Sicherung von Unterlagen für die Kritik aufzuzeichnen. Gemäss den Statuten unserer Vereinigung halten wir es für unsere Pflicht, damit vor allem auch der schweizerischen Privatwirtschaft zur Verfügung zu stehen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
S. Güdel
(Willy Güdel, Sekretär SRFV)

versität Bern und Mitglied der Schweizer Delegation im Europarat. Derselbe Hofer, der jüngst sein seltsames Demokratieverständnis in der Beratenden Versammlung des Europarates zum besten gab: Die Situation in Portugal werde von den westeuropäischen Ländern zu wenig beachtet, meinte er. Er warnte die Versammlung vor einer passiven Haltung, die «die Bildung eines linksgerichteten Regimes von peruanischem Typ begünstigen könnte».

Für den kleinen Mann...

Hauptzweck der Vereinigung laut Statuten: «Im Hinblick auf den Monopolcharakter von Fernsehen und Radio in der Programmgestaltung die Interessen der Zuschauer und Hörer zur Geltung zu bringen und insbesondere auf eine ausgewogene Berichterstattung in politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Belangen hinzuwirken.» In ihrer näheren Umschreibung nennt sich Hofers Fernsehpolizei «Überparteiliche Vereinigung Schweizerischer Fernsehzuschauer und Radiohörer». Dass sie allerdings Partei ergreifen und den Anspruch, Anwalt des Volkes zu sein, nicht mehr länger aufrechterhalten kann, geht nicht nur aus dem abgedruckten Bestellbrief, sondern auch aus dem Brief an die Nestlé-Generaldirektion hervor, wo sie gezielt vorgeht, um ihr Budget auch für die nächsten Jahre zu sichern. Klarer als in ihrem Nestlé-

Radio-Mitarbeiter. Diese Einschüchterung und das daraus resultierende Klima sind es, die die Fernsehleute praktisch zur Selbstzensur zwingen: Aus Verdruss über die ungerechtfertigten Angriffe, die einem «sauberen, aber heisst kritische, journalistische Arbeit praktisch verunmöglichend, verächtlich man zum vornherein auf jeden Stoff und jede Aussage, die irgendwie Anstoss erregen könnte. Den Zuschauern beschert man auf diese Weise ein mächtig langweiliges Fernsehen. Denn eine lebendige Demokratie braucht eine Auseinandersetzung ohne falsche Rücksichten».

Pierre Freimüller, Walter von Büren

«konzept» gibt gratis eine Liste von Ärzten ab, die die Verordnung von Empfängnisverhütungspillen auch an unverheiratete Frauen oder Mädchen liberal handhaben. «konzept» kann Ihnen auch in noch aussichtsloseren Fällen einen Tip geben. Schriftliche Anfragen an: Redaktion «konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich. Frankiertes und adressiertes Antwortcover bitte nicht vergessen.

ECHO

Roter Faschismus

Bitte mir «konzept» nicht mehr zuzusenden. Ich hasse den Faschismus, besonders den roten!

Dr. H. M. Sutermeister, Basel

Analphabetische Niggerstaaten

Einige Tage nach obiger Zuschrift erreichte uns ein weiterer Leserbrief des ehemaligen Berner Gemeinderates und Arztes Dr. M. Sutermeister, der vielleicht besser zeigen mag, wo der Faschismus (sic) sitzt. (Red.)

Die Basler Toleranz ist sprichwörtlich, aber oft geht sie in eine ganz gewöhnliche Indolenz über. So in der vorletzten Novemberwoche. Während palästinäischer Terroristen wieder einmal ein Blutbad in einem israelischen Grenzort verursachten und in einem eingeführten Flugzeug Geiseln über die Klinge springen liessen, feierte Basel unter dem Schutz des roten Polizeidirektors eine «Palästinawoche» mit Sammlungen auf öffentlichen Plätzen und Plakaten: «Befreite die gefangenen Palästinenser! Im Moment, wo die von meist analphabetischen «befreiten» Niggerstaaten beherrschte Uno, dem Vertreter der PLO, Arafat, zujubelte, der nichts weniger als die Auflösung Israels verlangte, und wo die ebenfalls von den afrikanischen Miniaturstaaten regierte Unesco Israel ausschloss, obgleich die Juden prozentual die meisten Nobelpreisträger und Künstler lieferten

renfreiheit der Fastnacht auf das ganze Jahr ausdehnen wollen? Sie werden nämlich langsam, aber sicher zu einer Landesgefahr. Jedenfalls drängt sich heute eine Geste auf, die unser Land um seine Austritt aus der Uno, wie es schon Nationalrat Dürrenmatt ange-regt hatte.

Dr. H. Martin Sutermeister, Basel

Keine altliberalen Unterschriftensammlungen

Sicher gehen wir nicht mit allem einig, was in die Spalten des «zürcher student» Eingang findet. Im Grunde aber freuen wir uns jedes Mal über das Erscheinen des ZS, der sich - angenehm mit Ausnahme von den übrigen Blättern an der Uni abhebt.

Wie hingegen, fragen wir uns, kommt die Redaktion dazu, ihr Blatt derart dubios-reaktionären Aktionen altliberalen Stils wie der Unterschriftensammlung Dutler-Minelli zur Verfügung zu stellen?

Attila Karlovich
Walter Frunz

Nicht homosexuell

Senden Sie mir Ihr Blättchen nicht mehr. Es ist stupid, und was mich betrifft, bin ich noch nicht homosexuell, um Ihr Blatt beziehen zu müssen.

Dolezal Jiri, Bern

«konzept»-Pillenliste

Gerne würde ich Ihre Liste der «liberalen» Ärzte zurückbekommen. Sie könnte meiner Freundin und mir als Diskussionsbasis betreffend den Ausbau unserer Freundschaft auf körperlicher Ebene dienen. (Jahrgang 1956)

Vertraulich

Schweizerische Fernseh- und Radio-Vereinigung

Provisorisches Budget für 1974

1. Administration	Fr.	Fr.
(Sekretariat TV- und Radioüberwachung, Drucksachen, Bürospeisen etc.)		
1.1. Radiotechnische und Audiovisuelle Apparaturen, Bänder, Archiv etc. (Anschaffung)	20 000	
1.2. Büromaschinen, Mobilien (Anschaffung)	20 000	
1.3. Büromiete	15 000	
1.4. Prospekte, Mitgliederliste, Statuten, Beitrittsgesuche, Briefpapier, Couverts, weitere Drucksachen	40 000	
1.5. Porti, Speisen, Massenversand, Telefon	8 000	
1.6. Personalkosten (Sekretärführer, Sekretärin, 1 Halbtagshilfskraft)	90 000	
1.7. Allgemeine Spesen	5 000	198 000
2. Presse und Informationsdienst		14 000
Wöchentliches Bulletin		
3. Öffentlichkeitskampagnen		
3.1. Werbekampagne I Mitglieder		
(Insertatensammlungen SRFV, Motivation zur Mitgliedschaft)	149 000	
3.2. Werbekampagne II Mitglieder (wie 3.1)	149 000	
3.3. Informations-/Aktionskampagne I		
Insertatensammlungen, Auseinandersetzung mit TV- und Radio-sendungen, Repetition, öffentl. Dialog, offene Briefe, einschli. Postkarte an Erörterung von Zuschauerbeschwerden, Gestaltungsstellen, Stellungnahmen zu Verfassungsentwürfen und Gesetzgebung usw.	149 000	
3.4. Informations-/Aktionskampagne II (wie 3.3)	149 000	596 000
4. Budget total		808 000

konzept
Tip

In dieser Spalte veröffentlicht die Redaktion von «konzept» Ihre wertvollen Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion, die ihr zuzustellen werden.

Afrikanische Literatur

«Partnerschaft mit Afrika lässt keinen Einbahnverkehr auf geistiger Ebene zu, lautet die Maxime einer Arbeitsgruppe, die eine Bibliographie afrikanischer Schrifttums (Romane, Erzählungen, Theaterstücke, Gedichte, Märchen, Lesebücher, Nachschlagwerke) erstellt hat. Die Bibliographie soll mithilfe von Fühlern, Denken und Handeln der Afrikaner besser verständlich zu machen und dort eine Lücke zu füllen, wo wirtschaftliche Daten allein einem Problem nicht mehr gerecht werden. Sie ist gegen 1.50 Franken in Briefmarken erhältlich bei der Arbeitsgruppe für Entwicklungspolitik, Postfach 46, 1701 Fribourg. Die besprochenen Bücher können bei der gleichen Adresse gegen einen Unkostenbeitrag für Auslieferungszwecke ausgeliehen werden.

Solothurner Frühling

In der Juni-Nummer berichteten wir von der Wahl des ehemaligen CVP-Generalsekretärs Urs C. Reinhardt als Rektor der Schule für Sozialarbeit Solothurn über die Köpfe der Dozenten und Studenten hinweg. Diese einsame Aktion des «Seraphischen Liebeswerks», das Träger der Schule ist, stiess damals in einer weiteren Öffentlichkeit auf Ablehnung. Eine Gruppe von direkt Betroffenen hat nun eine Broschüre mit obigem Titel über die ganze Affäre herausgegeben. Sie ist erhältlich für 11.50 Franken bei der Buchhandlung für Soziologie, Münster-gasse 41, 3011 Bern.

Literaturzeitchrift

Mit ihrer neuen Literaturzeitchrift «Korte» wollen die Herausgeber Rosemarie Egger und Werner Bucher der viersprachigen Schweiz gerecht werden. Die erste Nummer ist Gustave Roude, die zweite den «Seraphischen» Dichtern gewidmet. Daneben findet der Leser Texte von Kurt Marti, Jon Semadeni, Martin Steiner, Elisabeth Meylan, Andri Peer, Cl. Bieri, Irmgard Steppuhn, Brent Brechtbühl und vielen anderen. Sympathisch ist, dass jeder Autor von den Herausgebern kurz vorgestellt wird. Das Jahresabonnement kostet 20 Fr. (5 Nummern) und ist erhältlich bei «Korte», Dorngrasse 51, 8968 Mutschellen.

Konrad Farner

«konzept» hat in seiner Nummer vom März 1974 den letzten Text veröffentlicht («25 Thesen zum Fall Solchenzypm»). Wer sich mehr für die Persönlichkeit des verstorbenen Historikers und Theologen interessiert, kann die Sondernummer der Literaturzeitchrift «drehpunkt» bestellen, die ganz Konrad Farner gewidmet ist. Sie enthält Texte von Max Bächlin, Fritz Billeter, Georg Hartmann, Kurt Marti und Paul Nizon sowie einige wichtige Texte von Farner selbst. Bestelladresse: «drehpunkt», Postfach 794, 4002 Basel (Preis 3 Fr.).

konzept

Herausgeber: Verein «konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Er erscheint monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminaren, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk, Auflage 37 000.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telefon 0 (01) 47 75 30, Postcheckkonto: 80-37626.

Redaktion: Pierre Freimüller, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweinguber.

Die im «konzept» erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Insertate: Mosse-Annoncen AG, LImmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. 0 (01) 47 34 00, Telex 55 235.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich; Telefon (01) 39 30 30.

Redaktionsschluss Nr. 1: 3. 1. 75
Insertatenschluss: 10. 1. 75

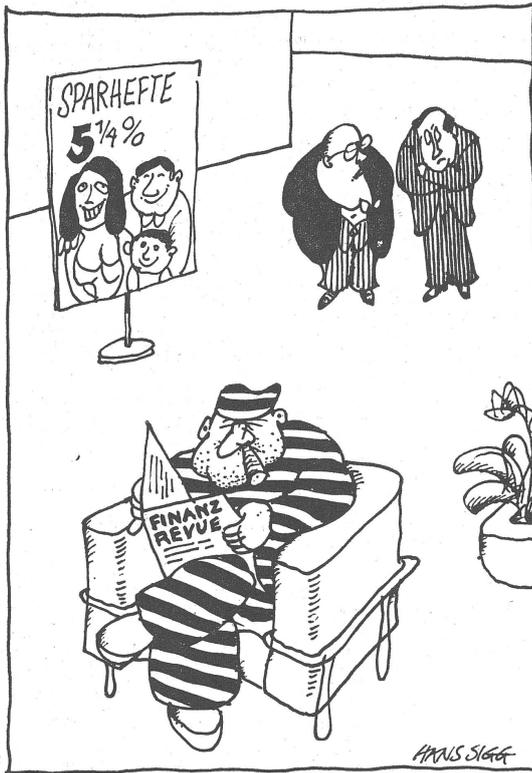
Kein Mittel gegen Superreiche?

Das Buch «Die Reichen und die Superreichen in der Schweiz» (Hoffmann und Campe, 290 S., 33 Fr.) wie sein Autor, Carl M. Holliger, sind schon kurz nach Erscheinen ins linke und rechte Sperrfeuer geraten. Ein unbekanntes Buch also? Nicht gerade, sondern eher ein nicht völlig durchdachtes Buch. Der Wirtschaftsredaktor der Ringier-Zentralredaktion hat sich mit seinem Werk zu jenen Liberalen gesellt, denen es zwar unwohl wird über der wachsenden Konzentration wirtschaftlicher Macht, die aber ratlos um Auswege sind.

Bisweilen schlägt die Beschreibung der Reichtümer der Reichen geradezu in Bewunderung um. Ein Beispiel dieser zwiespältigen Haltung liefert Holliger mit seinem Unternehmerbild. Der alte Ringier war «schlicht genia», bei Bally wünscht sich Holliger zur Sanierung des Konzerns einen «unternehmerischen Condottiere», einen «neuen Bessern», oder auch «rückwärtsgekehrten» und «Grossreinemacher» zur Straffung des Abegg-Vermögens. Obwohl der Autor andernorts ausführlich beschreibt, wie viele Unternehmen aus den angeheirateten oder ererbten Vermögen des letzten Jahrhunderts entstanden, skizziert er im Zusammenhang mit dem Juvena-Gründer Locher, dessen französisches Schloss eine breite Darstellung findet, das «typische Unternehmermodell des letzten Jahrhunderts» mit den Worten: «Ein Mann hat eine Idee und setzt sie unter Kalkulation der Kostenfolge gegen alle Widerstände in die Tat um». An anderer Stelle rechnet Holliger aber wiederum ab mit allen Firmendynastien, die ihren Reichtum auf Kinder- und Heiratsverträge des letzten Jahrhunderts unter der Fuchtel solcher dynamischer Unternehmer gründeten. Dieses schwankende Verhältnis zum Unternehmerbild tritt auch in der Beschreibung des Verhältnisses zwischen Firmenbesitzern und angestellten Managern zutage. Einerseits unterliegen die Linkskreise in der Schweiz einem Irrtum, im Glauben, die Wirtschaft befindet sich in den Händen des Kapitals, aber andererseits sprechen das massgebliche Wort «noch überall die Gründerfamilien», und der Manager wird vom Besitzer behandelt «wie der hinterste Lehrling». Ja sogar ein neues Gängelband haben die Besitztenden ersonnen, um die Manager abhängig zu halten, indem sie ihm zum «totalen Konsumenten» mit grossen persönlichen Ausgaben machen. Den Standpunkt dieses unterdrückten Managers ergreift Holliger, wenn er es «schlicht-unverständlich» findet, dass die Besitztenden ihre Mitarbeiterbeteiligungen allen Beschäftigten und nicht nur den Kadern anbieten. Denn nach Holliger vergessen sie, dass die Manager heute führen, und obwohl er im ganzen Buch zeigt, wie beständig die besitzenden Familien sich am Steuer ihrer Unternehmen halten können, rät er ihnen zur Weiterleitung ihrer Schicht durch die Manager.

Herrschaft der Banken?

Ausser Nestlé und Hoffmann-La Roche halten die Banken die «gesamte Wirtschaft fest im Griff», stellt Holliger ohne nähere Angaben fest. Dies hindert ihn aber nicht, bei verschiedenen Darstellungen reicher Familien zu spekulieren, wie grosse Anteile sie an einer der drei Grossbanken besitzen. Der viel näherliegende Gedanke, dass Industrie und Banken von den gleichen Kreisen beherrscht werden, geht unter. Desgleichen schreibt der Autor die Machtausdehnung der Banken den Machtansprüchen ihrer Manager zu. Auch hier fehlt wieder jeder Bezug zur Industrie, deren Wachstum und Kapitalanhäufung allein schon genügend Grund dafür ist, dass die Grossbankbilanzen sich aufblähen, ganz zu schweigen vom Auslandgeschäft, das durch weltwirtschaftliche Entwicklungen wie Eurodollarmärkte oder Multinationalisierung des Kapitals markant vergrössert wurde. Die Unternehmervelt der Superreichen besteht bei Holliger aus freischwebenden Entscheidungen, die je nach der Dynamik der beteiligten Persönlichkeiten verschieden ausfallen. Nicht nur in der knappen Schilderung des Verhältnisses der Banken zur Industrie, sondern auf den meisten Strecken des ganzen Buches kommt dieser Verzicht auf Gesamtzusammenhänge, auf Hypothesen und Theoriebildung zum Vorschein. Dies lässt Raum für beträchtliche Unschärfen der Darstellung. Mangels genauerer Information oder mangels Mut zur Stellungnahme kultiviert



«Wann die Polizei gerufen wird, bestimme ich als Generaldirektor. – Der Mann ist immerhin mit einem 40-Millionen-Projekt an uns herangetreten.»

viert Holliger die Unschärfen im Text. Er nimmt an, dass die «Familienvermögen der oben genannten Firmen (einiger Handelshäuser) zwischen Dutzenden und Hunderten von Millionen schwanken». Abgesehen davon, was das Familienvermögen einer Firma überhaupt sein soll, beträgt die angegebene Spanne zwischen 24 und 999 Millionen Franken, lässt also Verhältnisse von 1 zu 40 offen. Dies ist nicht einmal eine rohe Schätzung, sondern bloss fehlende Informiertheit. Oder wie soll man die Familie Bally einschätzen, wenn man folgenden Satz liest: «Die Familie Bally hat heute mit Ausnahme gewichtiger Anteile an verschiedenen Schweizer Unternehmen kaum noch wirtschaftlich bedeutende Machtpositionen.» Ist ihre finanzielle Potenz nun gewichtig oder unbedeutend?

Mit solchen Füllsätzen entwindet sich Holliger der Erkenntnis Wittensteins («Wörter man nicht sprechen kann, darüber muss man schweigen»). Eine grosse Kapitelüberschrift kündigt beispielsweise die «Traudl» und «Revisionsgesellschaften» an, die im Dienst der Grossbanken die Jahresbilanzen der von ihnen abhängigen Unternehmen röntgen. Aber nach genau einer Seite Text kehrt Holliger vom Thema ab, zu dem er auch nicht mehr als Vermutungen beisteuern kann, und widmet sich «staatspolitischen» Bedenken über den Wildwuchs der Grossbanken. Nach nochmals zwei Seiten bricht das Kapitel schon ab. Ähnlich lau und vom Titel abseits liegt die Behandlung der Exportindustrie, als «theiliger Schweizer Ku» angekündigt.

Eine Unschärfe der Information liegt auch in der Vernachlässigung von Unternehmen, über die der Autor offensichtlich ebenfalls keinen nähere Bescheid weiss, wie von Roll, Georg Fischer oder Nestlé. Diese Firmen werden nur kurz im Zusammenhang mit anderen Darstellungen gestreift. Die Uhrenindustrie mit ihren grossen Baronen und ihrer von Banken und Grossfirmen durchgepeitschten Konzentration zu Holliger kurz als «monströsen Klänge» ab, obwohl gerade die Schließung der Druckversuche, Kartellierungen und des Aufstresses kleinerer Firmen durch die Unternehmen der alten Familien völlig auf der Linie des Buchzweckes liegen würde. Auch hätte

sich dort zeigen lassen, wie es der wetschweizerischen Aristokratie gelang, den Bund zum Aufpäppeln ihrer Uhrenfirmen durch Gesetze und Finanzspritzen einzuspannen.

Man muss Holliger allerdings zugute halten, dass er seine Informationen im Klima der nicht-sagenden Unternehmenspublizität und der deutlichen Öffentlichkeitsscheu der Superreichen in der Schweiz schreiben musste. Eine gleichartige Publikation wie sein Band existiert sonst nicht, sieht man von den bald 30 bis 40 Jahre alten Büchern des anonymen «Pollux», sowie von einigen verstreuten Zeitungsartikeln ab. Holliger hat immerhin ein heisses Thema aufgegriffen, und nicht ohne Risiken für seine eigene berufliche Position abgehandelt. Die Darstellung des Vermögens der Abegg, der Schwarzenbach oder des Aufstiegs der Schmidheiny bringt informative Neuigkeiten. Auch wenn die Sprache manchmal allzu salopp und die gedankliche Durchführung nicht gerade streng wissenschaftlich ist, behält das Buch den Charakter von Aufklärung über bisher Verschwiegene. Wenn es sich nicht an den Akademiker oder Fachmann wendet, erfüllt es in der Verbreitung als populärer Bestseller eine Informationsaufgabe in breiten Schichten, die von den marxisierenden, abstrakten Analysen mancher linker Gruppen nie erreicht wird.

Ursachen der Riesenvermögen

Wesentlich in einem solchen Buch ist aber die Erklärung der Ursachen der fabulösen Reichtümer. Hier kann sich der Leser unter den verschiedensten Theorien aussuchen, was er glauben will. Reiner Marxismus klingt an: «Reich wird man nicht durch Erwerbseinkommen, sondern durch die Arbeit anderer.» Aber weite Teile des Buches sehen die Hauptursache in den Konventionsheiraten und in der Clambildung der herrschenden Familien. Für Schmidheiny aber wiederum liegt der Schlüssel zum Erfolg darin, dass er «aus der Provinz heraus» operiert. Der einzige systematischere Teil des Buches findet im schweizerischen Aktienrecht, also in den Partizipations-

scheinen und im Depotstimmrecht der Banken einen weitem Grund zur Bewahrung grosser Vermögen. Gesamthaft gesehen kann aber das Buch Holligers die präsentierten Daten und Fakten nicht in eine wirkliche Analyse einführen – es bleibt ohne verbindliche Aussage.

«Vergesellschaftung der Demokratie»

Entsprechend blutleer sind die Auswege, die Holliger aufzeigt. Die Linken greift er verschiedentlich heftig an, so dass er von dieser Seite kein Heil erwartet. Der Sozialdemokratie gibt er den einzigartigen Rat, es den Familien und Clans der Superreichen gleichzutun: «Die Clambildung innerhalb der linken Elite muss wesentlich intensiviert werden, wenn diese massgeblichen Kreise in der Sozialdemokratie nicht riskieren wollen, plötzlich durch irgendeinen radikalen Flügel ihrer Partei in den Windschatten versetzt zu werden.»

Obwohl in der Geschichte kaum eine besitzende Schicht freiwillig abgetreten ist, gibt Holliger den reichen Schweizern die Empfehlung: «Es kann nur darum gehen, dass die Mächtelchen heute erkennen, dass sie an der Grenze ihrer Macht angelangt sind und diese teilweise bereits überschritten haben.» Diese Stelle gerät mit den Zeilen nur eine Seite weiter vorne bereits in Widerspruch: «Denn dass die Demokra-

tie demokratischer wird, daran hat die gesellschaftliche Elite, haben die Reichen und Superreichen kein Interesse.» Das gross angekündigte Schlusskapitel «Theorie der Macht- und Geldeliten» endet daher in einem kläglichem Ruf nach nebulöser «Vergesellschaftung der Demokratie» und in einer zweimaligen Warnung, die Eigentumsverhältnisse zu verschleppen. Flacher kann ein Buch über die Macht der Superreichen kaum enden. Oder doch – mit der Identifizierung von Linken und Diktatur: «Es entsteht (bei einem Machtwechsel) die Klasse der Funktionäre, die das Individuum lediglich nach seinem politischen Wohlverhalten einordnen würde.»

Die Unfähigkeit, gesellschaftliche Prozesse global und unter Alternativaspekten zu sehen, ging auch aus der Antwort Holligers am Radio hervor, als er den Sinn des Reichtums erklären musste. Reichtum ist für ihn die Möglichkeit, dem Druck anderer auszuweichen, unabhängig zu sein. Damit hat er die Logik des gegenwärtigen Wirtschaftssystems genau umschrieben. Wirtschaftlicher Macht kann man mit eigener wirtschaftlicher Macht entgegen-treten, im Kampf aller gegen alle. Dem einzelnen bleibt nur braves Schaffen, damit er sich wirtschaftlich ein wenig freistampeln kann. Solidarität, gemeinschaftliches und demokratisches Arbeiten und Verteilen haben hier keinen Platz. Gesellschaftliche Alternativen zu den Superreichen sind nicht im Sicht. Karl G. Stalder

Die armen Reichen

Man soll stets auch die Betroffenen zu Wort kommen lassen. Nicht einfach so einseitig über sie herfallen wie dieser Holliger, dem nichts mehr heilig ist, seit ihn der Ringier abgenabelt hat. Richtig unfair von ihm, dem Holliger, dass sich die Angepöbelten nicht einmal verteidigen durften. Dabei wäre das Buch viel lustiger geworden. Da sind wir beim «konzept» ganz anders. Wir wollen unsere Spalten auch verjagten Minderheiten öffnen.

Jawohl! Richtig zu bedauern sind nämlich, die Reichen, diese schämlich diskriminierte Mehrheit von machtlosen, bescheidenen, aber verantwortungsbewussten Staatsbürgern, die etwas geleistet und nichts als das allgemeine Wohl im Auge haben, und dazu noch jedes Jahr ein Abzeichen für die Winterhilfe kaufen. Da haben sie ein halbes Leben lang geschuftet und im Schweiz irer Verantwortung ein Vermögen erarbeitet lassen, und zuletzt misgibt man ihnen noch die paar Millionen oder bestenfalls Milliarden, die der unarmherzigen, hutsagenden Steuerschraube des Staates entronnen sind.

Eine Glosse? Aber nein! Bloss das Fazit aus den getätigten Äusserungen einiger Superreicher.

Solch letztere wohnen vorzugsweise in der Gegend um Zürich herum. Erstens finden sie da immer sehr verständliche Behörden, und zweitens haben sie da einen kürzeren Weg, wenn sie ihre Banken abklopfen. (Time is money, auch für die Reichen.) Diesem Umstand ist es zu verdanken, dass ein sonst eher farbig farblos Gratisanzeiger aus Zürich uns die Arbeit abgenommen hat, die von Holliger entblößen Unternehmer und Manager um ihren Kommentar zu bitten. Uns hätten sie ohnehin keine Auskunft gegeben.

Derartige Verständnisslosigkeit für journalistische Wahrheitsuche wiederholt zwar dem erwähnten Werbblatt auch. Bei Dieter Bührle zum Beispiel. Andere hingegen packten schonungslos aus: Sie besässen kaum zwei Prozent dessen, was ihnen Holliger zuschreibt. So Max Schmidheiny (der Zementkönig) oder Hans Robert Schwarzenbach. Nach Bescheidener ist Carl Arter Abegg der Textile. Bei ihm ist es nur eine Promille, und dabei soll der arme Kerl der reichsten Schweizer Familie angehören. Nicht abstreiten will Abegg offenbar die Vernunftfehen, welche die Familie jeweils schloss, um das Vermögen zu mehren. «Die sind nichts Ausserordentliches. Es ist eine Naturerscheinung und Selbstverständlichkeit, dass man unter siegesreichen heiratet.»

Demgegenüber meint Schwarzenbach, dass er und seine Familie überhaupt gar nicht reich seien, kein kleines bisschen. «Superreich schon gar nicht.» Er wirft dem Bestseller-Autor vor, dass er sich nicht besser informiert habe: «Hätte sich Holliger einmal bei mir und den andern Unternehmern gemeldet, wäre das Buch ohne Zweifel wesentlich besser geworden.» Zweifellos, das hätte er tun sollen.

Und die Unternehmer, aufrichtig wie sie sind, hätten ihm alles getreulich und brav gesagt, wie schrecklich wenig sie verdienten, welch lumpiges Vermögen sie hätten und dass sie überhaupt dem Geld keinen Dreck nachgingen. Und der Holliger hätte ihnen schön alles geglaubt, denn wie er ist. Aber sicher wäre das Buch besser geworden – für die Unternehmer.

Ein anderer Manager profunder Sprüche ist Schmidheiny, etwa wenn es um die angebliche Macht der Wirtschaftskönige und -manager geht. «Was für Macht haben wir denn? Der Unternehmer ist doch heute ein geplagter Kerl. Er muss sich enorm anstrengen, damit er die Löhne zahlen und die ständig steigenden Kosten decken kann.»

Ja früher, da haben die Fabrikanten, wenn sie die Löhne nicht mehr glauben zahlen zu können, die Arbeiter einfach entlassen. Aber heute ist das ja Gott sei Dank nicht mehr so, wie man weiss. Da sparen sich die Unternehmer die Löhne der Angestellten vom Mund ab und essen nur noch Geschwülste mit Kartoffeln. Tun nicht einmal Zucker drauf, ein zusätzlicher Verzicht. Aber ohne Ironie: Wo sind eigentlich jetzt die Reserven für schlechte Zeiten, mit denen die überrissenen Gewinne der guten Zeiten stets motiviert wurden?

Doch lassen wir Herrn Schmidheiny austreten: «Die Macht haben heute die Gewerkschaften, die Wirtschaftsvverbände und die Politik. Die Schweiz ist die einzige Demokratie, wo dem einzelnen sofort die Flügel gestutzt werden, wenn er zu hoch kommt.»

Wer's glaubt, wir stützig; wer nicht stützt, wird gestutzt. Darum sind ja auch die amerikanischen Antitrustgesetze eine Säuglingsheimordnung gegen die schweizerischen. Darum sind die Reichen in der Schweiz erfolgreich Sturm gelauten gegen Reichtumssteuern, die sie nun umherum so stark gerupft hätten wie im Ausland verschiedentlich üblich. Oder sind das dort vielleicht gar keine Demokratien? (Weil unschweizerisch?)

Ich hätte das Leuchten in den Augen eines Gewerkschaftsfunktionärs sehen wollen beim Satz von der Macht der Gewerkschaften. Bezüglich jener der Wirtschaftsvverbände dürfte Schmidheiny schon eher recht haben. Mit der kleinen Korrektur, dass dort siegesgleich auch ein bisschen was zu sagen haben.

Treiben wir's nicht ins Uferlose. Wie gesagt, es sind arme, geplagte Kerle, die Reichen. Man sollte endlich etwas zu ihrem Schutz tun.

Um Missverständnisse aus der Welt zu räumen: Ich bin nicht neidisch. Ich möchte wirklich nicht in ihrer Haut stechen. Ich bin froh, dass ich nicht unbedingt unter meinsgleichen heiraten muss, wenn überhaupt. Ich bin froh um meine kleine Freiheit eines Vagabunden zwischen den Zäunen des Privatigentums. Aber manchmal macht es mich rasend zu sehen, wie gewisse Kreise die ihnen allein Kraft ihres Reichtums zukommende Macht schamlos dazu ausnutzen, ihre Privilegien gegen Kosten anderer zu festigen und auszubauen. Beat Schweingruber

Es gibt genug dumme Geschenke!

Machen Sie's besser: schenken Sie ein Jahr



Jeden Monat Information zum Nachdenken, Kommentare und Berichte, die nicht an der Oberfläche bleiben. Eine Alternative zum unkritischen «Meinungskonsum»!

Sonderangebot 3 für 2

(gültig bis 31. 12. 74) 1 Abonnement (bis Dezember 1975) Fr. 15.-, 2 Abonnemente Fr. 23.-, 3 Abonnemente Fr. 30.- usw. Geschenkabonnemente laufen ab erfolgter Zahlung (PC 80-37626, konzept, Zürich). Rechnung wird verschickt. Mit diesem Talon können Sie «konzept» auch für sich selbst bestellen. Talon einsenden an: «konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich.

Abonnement an:
Name, Adresse, Beruf:

Abonnement an:
Name, Adresse, Beruf:

Abonnement an:
Name, Adresse, Beruf:

Rechnung an:
Name und Adresse:

Ich erhalte diese KONZEPT-Nummer von einem Bekannten* durch Zusendung/Zeltingensersatz/Klosch*/ im Abonnement*. Sie war aufgelegt* in

* Zutr. unterstreichen.

Weltweiter Disput um überhöhte Valium-/Librium-Preise hält an

Aera der Superprofite zu Ende?

In der Juli/August-Nummer gingen wir auf die fragwürdige Verkaufspraxis der Nestlé für ihre Babynahrung in Entwicklungsländern ein. Heute soll ein weiteres – leider aktuelles – Kapitel schweizerischen Aussenhandels zur Sprache kommen. Unser Mitarbeiter Pierre L. Tannaz berichtet über den neuesten Stand der Auseinandersetzung um die Preispolitik des Basler Pharma-Grosskonzerns Hoffmann-La Roche.

Man erinnert sich: Der Streit um überhöhte Preise bei den beiden Roche-Beruhigungsmitteln Valium und Librium begann vor etwas mehr als drei Jahren, und zwar in Grossbritannien. Dort wurde von der Regierung eine Untersuchung angestrengt, die den ganzen Fragenkomplex der Preisgestaltung einmal etwas eingehender studieren sollte. Letztes Jahr war es dann soweit mit der Veröffentlichung des selbstverständlich nicht nur im «Vereinigten Königreich» mit Spannung erwarteten Berichts. Die (inzwischen bereits verwirklichten) Forderungen der britischen Monopolkommission liessen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig – die englische Roche-Tochter wurde gezwungen, ihre beiden Kassenhass-Valium und Librium, die schätzungsweise 25 Prozent des Psychopharmakumsatzes des Basler Multis ausmachen sollen, stark zu verbilligen.

Der Preis von Librium musste um nicht weniger als 60, derjenige von Valium, das in einem im angesehenen «New England Journal of Medicine» publizierten Report über eine internationale Studie als das *meistverschriebene* Medikament unseres Jahrhunderts überhaupt bezeichnet wurde, gar um 75 Prozent reduziert werden.

Das hat natürlich den Basler Pharma-Giganten – zu dem übrigens über die beiden Stammgesellschaften F. Hoffmann-La Roche & Co. AG (Basel) und Sapa Corporation, Ltd. (New Brunswick, Kanada) an die 70 Fabrikations- und Verkaufsgesellschaften mit einem Personalbestand von insgesamt 35 000 Mitarbeitern gehören und der 1973 einen konsolidierten Umsatz von 4617 Mio. Fr. sowie einen «Gruppenverfolg» von 553 Mio. Fr. herausgewirtschaftet haben soll – mächtig in «Rage» gebracht, musste er doch mit dieser einseitigen Verfügung der britischen Regierung auch mit Unannehmlichkeiten in andern Ländern rechnen.

Wie in England...

So hat denn auch die englische Roche gegen den Befund der Monopolkommission einen Prozess angestrengt.

Ausserdem forderte der betroffene Pharma-Konzern die Gerichte in einem Nebenprozess auf, die Regierung dazu zu bringen, dass sie in ihrer Verfügung die Verpflichtung auf sich nimmt, Wiedergutmachung zu versprechen, falls Roche im Hauptprozess siegen würde. Der Basler Pharma-Gigant beziffert den ihm durch den Bericht verursachten Schaden auf rund 16 Millionen Franken.

Indes: Aus der Sache mit der Wiedergutmachung – ein für den ganzen Fall bedeutungsvoller Punkt – wurde nichts. Nachdem zwar das Gericht unterster Instanz der Hoffroche recht gegeben hatte, waren hernach aber sowohl das Berufungsgericht als auch das Oberhaus, das die höchste richterliche Gewalt darstellt, anderer Meinung.

Der Niederlage im Nebenprozess dürfte freilich im Hauptprozess kaum mehr als ein Pyrrhussieg folgen. Denn: Zwar scheint die englische Regierung heute zu begreifen, dass die verfügbaren Preisreduktionen wegen der mittlerweile eingetretenen Teuerung doch zu drastisch sind, und wäre daher an sich auch zu einer Neuanpassung bereit – allerdings nur, wenn der Basler Pharma-Riese den von Whitehall auf über 50 Mio. Fr. (!) geschätzten Uebergewinn, den der Konzern bisher allein auf der Insel eingesteckt haben soll, wieder herausstücken würde. Und gerade zu dem scheint die Hoffroche (noch) nicht bereit zu sein.

Dass es bloss ein Pyrrhussieg sein könnte, sollte das englische Tochterunternehmen auch wirklich gewinnen (was noch keinesfalls so sicher ist), erklärt sich vor allem aus dem Umstand, dass ein endgültiges Urteil nicht vor 1976 oder gar 1977 zu erwarten ist, also zu einem Zeitpunkt, da die Patente für Valium und Librium in England schon längst verfallen sein werden...

Die nicht nur in England zu beobachtende monopolistische Sonderposition, die die beiden Roche-Tranquilizer besitzen, hat in den letzten Wochen und Monaten auch viele andere Landesregierungen hellhörig gemacht. So musste beispielsweise erst kürzlich

auch der Vertreter der deutschen Hoffroche beim Bundeskartellamt vortreiben und Rechenschaft über die Marktstellung von Valium und Librium ablegen.

... so auch in der BRD

Die in Berlin domizillierte Behörde hatte nämlich bereits im Sommer 1973 verschiedene, sich freilich nicht nur auf die beiden Roche-Präparate beziehende Untersuchungen auf den Märkten für pharmazeutische Spezialitäten in die Wege geleitet, weil der Verdacht geäussert wurde, dass für zahlreiche Medikamente zu hohe Preise gefordert werden.

Das Bundeskartellamt stellte, wie nicht anders zu erwarten war, auch in der BRD für Valium und Librium eine marktbeherrschende Stellung fest und kam zu dem Schluss, dass «die geforderten Preise von denen abwichen, die bei wesentlichem Wettbewerb durchsetzbar wären». Nach Ansicht der Behörde liegen die Marktanteile der beiden Tranquilizer in der BRD bei 53,3 Prozent im Absatzbereich Apotheken und bei rund 85 Prozent im Absatzbereich Spitäler und Krankenhäuser.

Das Amt verwies im übrigen auch auf die langfristig bei Valium und Librium erzielten hohen Gewinne, die zwar nach Angaben des Konzerns bei Valium 43 Prozent vom Umsatz vor Steuern erreichten, nach Berechnung der Behörde indessen noch höher liegen müssten.

Zum Vorwurf der *missbräuchlichen Preisgestaltung* wurde ein – allerdings nicht ganz unumstrittener – internationaler Preisvergleich angestellt: Nach Angaben des Bundeskartellamts sollen die deutschen Valiumpreise um rund 50 Prozent über denen in Frankreich und Italien liegen. Und im Vergleich mit Grossbritannien sollen sie bei Librium um 60 und bei Valium sogar um 75 Prozent höher sein. Auch im Zusammenhang mit den Preisen für Wirkstoffe, die die deutsche Hoffroche an das Basler Stammhaus zu zahlen hat, wurde von der Behörde ein Beispiel genannt: Bei Librium sollen sie um das 48fache, bei Valium gar um das 90fache über den italienischen Wettbewerbspreisen liegen...

Das Bundeskartellamt gelangte aufgrund dieser Überlegungen zu der Auffassung, dass mit den Preisen der beiden Roche-Tranquilizer in der Tat etwas nicht stimmen könne, und ordnete daher auf den 1. Januar 1975 hin eine Senkung der Herstellerabgabe

preise – für Valium um 40 und für Librium um 35 Prozent – an.

Der Basler Pharma-Konzern, der allerdings nach wie vor auch in der BRD der Ansicht ist, dass die beiden Präparate eben doch keine marktbeherrschende Stellung einnehmen, sondern viel eher einer starken Konkurrenz ausgesetzt seien und zudem die vom Bundeskartellamt angestellten Berechnungen wenigstens teilweise von unrichtigen Voraussetzungen ausgingen und daher auch nicht aussagekräftig seien, legte erst kürzlich Beschwerde gegen diese Verfügung beim zuständigen Kammergericht ein. Hinsichtlich der sofortigen Vollziehbarkeit hat nun diese Instanz bereits einen Entscheid getroffen: Die Verfügung wird doch nicht auf Neujahr in Kraft treten, da die Anordnung nach Meinung des Gerichts eine «unbillige Härte» darstelle.

In der Begründung scheint – jedenfalls laut einer Roche-Pressemitteilung – durchzuschimmern, dass die vom Bundeskartellamt gemachten Überlegungen eben doch nicht so heib- und stichfest seien und daher zurzeit sogar ernsthafte Zweifel an der Rechtmässigkeit der angefochtenen Verfügung bestünden. Ein sofortiger Vollzug des Beschlusses des Kartellamts sei nicht durch überwiegende öffentliche Interessen geboten, hiess es weiter, weil die Preise für Librium und Valium seit über zehn Jahren nicht mehr erhöht worden seien und deshalb auch keine stabilisierunggefährdende Preiserhöhung bekämpft werden müsse...

... und in Holland

Auch in Holland steht die Hoffroche unter recht schwerem Beschuss. Zwar wurden die Preise für die beiden Tranquilizer dank Aenderungen im Vertriebssystem und insbesondere durch Aufgabe des Verkaufs von Klein- und Kleinstpackungen (so die Roche selbst) auf den 1. September dieses Jahres hin aufgrund eines von der Gesellschaft freiwillig gefassten Entschlusses um immerhin 25 Prozent gesenkt. Allein, diese Massnahme, die ja nur deshalb durchgeführt wurde, weil man einem Zwang der niederländischen Regierung verhindern beziehungsweise ihm zuvorkommen wollte, dürfte auf die Länge wohl doch nicht genügen. Wirtschaftsminister Lubbers hat nämlich in der Beantwortung einer schriftlichen Frage im Parlament die Ansicht vertreten, dass diese Preismässigung immer noch zu gering sei.

Selbstverständlich erhitzen sich die Gemüter nicht bloss in den paar erwähnten Ländern, auch wenn man vielleicht gerade in Grossbritannien, in der BRD und in Holland (eventuell auch in den USA) im Augenblick der Klärung der nicht nur bei den beiden Hoff-

roche-Produkten existenten Frage nach der Verhältnismässigkeit von Risiko und Gewinn im «Medikamentengeschäft» am nächsten ist.

Weit ruhiger ist es hingegen in unserem eigenen Lande, wo ausser über einen (freilich abgelehnten) Antrag um Preiserhöhung (!) für Valium und Librium (um 10 Prozent, im September 1973) zum Thema nicht sehr viel zu melden ist. Dieser Zustand kann sich aber auch noch ändern, denn das Stichwort «Medikamentengeschäft» ist mittlerweile auch bei uns nicht mehr ganz so unbekannt...

Pierre L. Tannaz

Die Energieschere

bs. Als die elektrischen Zahnbürsten auf den Markt geworfen wurden, wartete man auf die elektrische Nagelfeile. Als die auch da war, wartete man auf den elektrischen Schuhföhl und die elektrische Fonduegabel. Leider ist mir noch keins von beiden unter die konsumwütigen Augen gekommen. Dafür etwas anderes, und zwar im eben eröffneten Tirol in Spreitenbach.

Mit aller zur Verfügung stehenden Skepsis, wie es sich für einen eingeleisteten Gegner von Einkaufszentren gehört (nebenbei: ich habe nichts, aber auch gar nichts gekauft!), schlenderte ich durch das Gebilde, das mit einer unglaublichen Aggressivität offenbar Einkaufserlebnisse vermitteln soll, und werde an einen kleinen Stand gepöpselt, an dem sage und kaufte elektrische Haushaltschere angeboten werden. Die Leute sollen also nicht einmal mehr Daumen und Zeigefinger auf und ab bewegen müssen. (Dafür wird es sicher bald ein entsprechendes Finger-Fitnessgerät geben.)

Ich habe mich dann aber überzeugen lassen, dass die Motörli-Schere sehr umweltfreundlich sind. Auf die Frage nämlich, ob das der neueste Beitrag zur Lösung der Energiekrise sei, antwortete die reizende Verkäuferin sehr dezidiert: «Diese Apparate brauchen keine Energie; die laufen mit Batterie.» – Trauer muss Elektra tragen, ob so viel ökologischen Scharfsinns.

PS: Wann kommen eigentlich die Fitnessgeräte, die den geleisteten Kraftaufwand in verwertbare Energie umwandeln? Beispielsweise der Velohometrainer, der über einen Dynamo den Liftmotor antreibt?

«konzept», das Blatt, das kein Blatt vor den Mund nimmt. Und auch kein Brett vor dem Kopf hat!

Neue Zürcher Zeitung

für Leute, die mitreden wollen

Sie sind Student und haben die Chance, später einmal in Führungspositionen zu kommen.

Sie werfen Ihren kritischen Blick auf die Welt, in der Sie leben, und bereiten sich darauf vor, von solchen Positionen aus die Zukunft mitzugestalten.

Dazu braucht es nicht nur Charakter und Fachkenntnisse, sondern auch Information über die Ereignisse und Probleme des Tages.

Die «NZZ» gilt – nach dem Urteil maßgebender ausländischer Kenner – als eine der besten Tageszeitungen überhaupt. Sie bietet – so wird gesagt – mit einer Fülle an Stoff ein Optimum an Sachlichkeit.

Was nicht heißt, daß wir keine eigene Meinung haben. Doch sind wir gerade darin liberal, daß wir der Meinung der anderen auch Raum geben.

Sie werden sicherer mitreden und mitbestimmen können, wenn Sie sich ein verbilligtes Studentenabonnement auf die «NZZ» schenken lassen oder aus Selbstverdienstem leisten. Sie erhalten zu relativ bescheidenem Preis ein Wissen ins Haus geliefert, das Bücherbände füllen könnte.

Wir geben Ihnen gerne die Möglichkeit, unser Blatt über längere Dauer kennenzulernen:

mit einer Gratislieferung während 3 Wochen oder mit einem um 30% verbilligten Studentenabonnement:

für 3 Mte. Fr. 19.95 (statt Fr. 28.50)

für 6 Mte. Fr. 37.10 (statt Fr. 53.—)

für 1 Jahr Fr. 71.40 (statt Fr. 102.—)

Werbeabteilung
Neue Zürcher Zeitung
Hauptpostfach, 8021 Zürich

Hier abtrennen

Coupon

Ich bitte Sie um unverbindliche Gratislieferung der «Neuen Zürcher Zeitung» während 3 Wochen.

Ich bestelle ein Studentenabonnement auf die «NZZ»

für 3 Monate zu Fr. 19.95
für 6 Monate zu Fr. 37.10
für 1 Jahr zu Fr. 71.40

Nichtgewünschtes bitte streichen

Name und Vorname: _____

Adresse: _____

Postleitzahl/Ort: _____

Hochschule: _____

Semester: _____

Coupon bitte einsenden an die Werbeabteilung der Neuen Zürcher Zeitung, Hauptpostfach, 8021 Zürich

Z.St.

Auswege aus der grosstechnologischen Sackgasse

Den Sanften gehört die Umwelt

Die Ausgangssituation ist bekannt: Die grosstechnologische Entwicklung wird in eine Sackgasse führen. Die Frage ist nur wann (die Schätzungen schwanken zwischen 1984 und 2100) und warum: Wegen Energieverknappung (bzw. wenn die Atomkraftwerke in grossen Serien gebaut werden, wegen Radioaktivität oder lokaler Ueberhitzung der Atmosphäre), wegen Rohstoffver-

knappung, wegen CO₂-Sättigung der Atmosphäre, wegen psychischer Schäden der Menschen infolge Entfremdung, wegen Vergiftungen usw. Gerade weil nicht so leicht vorauszusehen ist, wo der für das System kritische «Sachzwang» zuerst erreicht sein wird, setzt sich immer mehr die Ansicht durch, dass Einzelmassnahmen nicht ausreichen, um die Krise abzuwenden.

Unter denjenigen, die das Technologieproblem als Ansatzpunkt für ihre Zukunftsbetrachtungen gewählt haben, kann man vier verschiedene Richtungen unterscheiden:

1. Die sanfte Technologie

(soft technology) oder «biotechnics») will möglichst viele menschliche Tätigkeiten der Biosphäre anpassen. Die konsequente Berücksichtigung der biologischen Kreisläufe und das Prinzip der Selbstversorgung durch biologischen Landbau sind allerdings nur in ländlichen Gegenden einermassen möglich. Die «sanfte Technologie» fordert den möglichst weitgehenden Verzicht auf «Technik». Diese Haltung tendiert in Richtung «Neoprimitivismus»; allerdings können besonders auf dem Gebiet des biologischen Landbaus moderne wissenschaftliche Erkenntnisse verwendet werden.

2. Kleintechnologie

Die Stichworte sind hier Dezentralisation, Ueberschaubarkeit der Produktionsabläufe, Vermeidung oder Verkürzung der Transportwege. Die Kleintechnologie geht zwar in die Richtung der sanften Technologie, will aber gute Werkzeuge, dauerhafte Materialien und kleine Maschinen mit guten Wirkungsgraden verwenden, auch wenn diese in einer zentralen Produktionsstätte angefertigt werden müssen. Sie will auf diese Weise von der modernen Technik das übernehmen, was der alternativen Zivilisation mehr nützt als schadet.

3. Mittlere Technologie

Arbeitsintensive Technologie, welche wenig Kapital braucht und lokale Probleme wenn möglich mit den lokalen Ressourcen löst. Wird besonders für Entwicklungsländer empfohlen, da die mittlere (intermediate) Technologie den Wirkungsgrad einer lokalen Wirtschaft erhöht, ohne dass diese vollständig von einem übernationalen Wirtschaftsbe- reich abhängig wird.

4. Mega-Alternativ-Technologie

Anwendung raffinierter technischer (elektronischer) Apparate zur optimalen Ausnutzung der Energie («integrated Environmental Design»). Diese Technologie kann kaum noch als Alternative bezeichnet werden, denn sie beinhaltet etwa das, was tendenziell entsteht, wenn in der kapitalistischen Privatwirtschaft die Energie rar und damit teuer wird. Es geht dabei nicht darum, die grossen Energiefresser abzuschalten oder gar überflüssig zu machen, sondern ihnen nur weniger Energie zu geben, wie sie «benötigen».

Wenn man nun Anhänger einer wirklichen alternativen Technologie ist (einer Technologie also, die ein alternatives Wirtschafts- und Gesellschaftssystem voraussetzt und deren kurz- und langfristige Auswirkungen auf die physische und soziale Umwelt sehr viel weniger zerstörerisch sind), so ist es

immer noch möglich, auf sehr verschiedene Weisen die erwünschte alternative Gesellschafts- und Technologieform anzustreben. Nach Peter Harper kann man sechs verschiedene Verhaltensweisen unterscheiden, welche von «rechts» nach «links» geordnet etwa wie folgt lauten:

Vom Technokraten zum Revolutionär

1. Man schliesst sich den Technokraten an, welche ja wohl recht behalten werden. Führung durch den Willen der Mehrheit, deren Werte und Interessen. Wenn es zu einer Katastrophe kommen wird, so muss man eben mit über die Klänge springen. Die Stärksten und Besten werden alles überleben und eine neue Zivilisation gründen.

2. Akademische Forschung über alternative Technologie: raffinierte autonome Häuser (sog. Oekohäuser) und Hilfsapparate. Man überlegt sich, welche neuen Konsumgüter Verwendung finden könnten, und kümmert sich wenig darum, dass diese weiterhin an grosstechnologischen Fließband hergestellt werden. Auch die Arbeitsbedingungen des chilenischen oder namibischen Kupferbergarbeiters bereiten wenig Sorgen.

3. Man baut sich ein eigenes alternatives Paradies, flippt aus (freaking out) und geht seinen eigenen Interessen in kleinen Gruppen nach. Wenn man schon die Welt nicht mehr retten kann, so doch wenigstens seine eigene Haut. Diejenigen, die wollen, können es ja nachahmen, denkt man sich im stillen, um ein allfälliges soziales Gewissen zu beruhigen.

4. Man gründet eine alternative Produktionsgenossenschaft, um zu zeigen, ob und wie das funktionieren könnte (Modellfall). Diese Gemeinschaft dient als Basis und Experimentierfeld für eine gesamtgesellschaftliche Veränderung.

5. Man geht aus von einem rational entwickelten Plan (blueprint), der für alle Leute Geltung hat, und bildet eine Avantgarde, die mit den breiten Massen in einen Dialog tritt, wie z. B. die Rote Armee in China in den 40er Jahren mit den Bauern in einen Dialog getreten ist. Dadurch wird die Theorie in die Praxis umgesetzt.

Wenn man die Phase des Dialogs weglässt und einfach die ökologische Krise mit so grellen Farben an die Wand malt, dass man den Plan den Massen aufzwingen kann, so entsteht der «Oeko-Faschismus». (Alles ist erlaubt, wenn es nur dazu dient, die Krise abzuwenden). Diese Lösung wäre dann sozusagen eine Spielart der Technokratie und an den Anfang dieser Liste zu setzen.

6. Man geht davon aus, dass die Grosstechnologie nur so lange möglich ist, als Menschen andere Menschen ausbeuten, und solidarisiert sich deshalb mit den Ausgebeuteten. Der Aufstand der Ausgebeuteten wird den Kollaps der zentralistischen Strukturen mit sich bringen, welche Träger der Grosstechnologie sind.

Es würde schwerfallen, hier ein Patentrezept zu empfehlen. Denn die Diskussion um Alternativen unter Einbezug sowohl des gesellschaftlichen als auch des technologischen Aspekts ist noch zu jung, um ausgereifte Pläne geboren zu haben.

Mit der Technik allein ist's nicht getan

Dennoch lassen sich neben denjenigen, die glauben, dass vermehrte und verbesserte Technologie allein alle Probleme vorweg lösen wird (Fusionsenergie, Ersatzstoffe, technischer Umweltschutz wie Luftfilter usw.) zwei markante Positionen erkennen:

● Die einen glauben, dass die Probleme der umweltzerstörenden Grosstechnologie durch eine alternative Technologie (sanfte, mittlere Technologie) gelöst werden können. In diesen Kreisen spricht man lieber von Windrädern, Sonnenkollektoren und biologischem Landbau als von Politik. Man weist darauf hin, dass die Russen den Wettlauf zum Mond mitgemacht haben, dass sie die umweltschädigende Technologie des Kapitalismus kopiert haben und dass die Chinesen neben den Franzosen fast die einzigen waren, die sich für die Concorde interessiert haben.

● Die andere markante Position nehmen jene ein, die sagen, das ganze Geschwätz um Sonnenkollektoren, neue Wissenschaftsbegriffe usw. sei nur ein Ablenkungsmanöver (Titel eines PdA-Bildungsabends: «Wissenschafts- und Technikfeindlichkeit – eine pseudorevolutionäre Modeströmung»). Die ökologi-

schen Krisen, ob radioaktive Verseuchung, Verkehrsschlamassel oder Schwermetallvergiftungen, seien Krisen des profitorientierten Kapitalismus und sie würden beseitigt, indem man den Kapitalismus beseitige.

Die einen verhalten sich also gleichsam so, als ob die Revolution schon geschehen oder gar nicht nötig wäre, d.h. wie wenn die Macht automatisch von den zentralistischen multinationalen Konzernen an die dezentralisierten wirkenden Alternativtechnologien abzugeben würde. Die andern nehmen an, dass es eine Kleinigkeit sein wird, die Umweltprobleme zu lösen, wenn erst mal der Kapitalismus beseitigt ist.

Die beiden Positionen wurden hier absichtlich etwas karikiert, um anzudeuten, dass sie wohl beide ein bisschen einseitig sind. Für jede weitere Diskussion ist nämlich die Erkenntnis wichtig, dass zwischen der jeweils herrschenden Gesellschaftsstruktur und der zur Anwendung kommenden Technologie ein enger Zusammenhang besteht. Grosstechnologie (Atomkraftwerke, Massenfertigung) benötigt grosse geballte Kapitalien, welche nur entweder von multinationalen Konzernen oder von zentralistischen Staaten geliefert werden können. Ein Beispiel: Atomkraftwerke können nicht in einer föderalistischen, dezentralisierten Gesellschaftsstruktur mit autonomen Gemeinden vorkommen, wenn der grösste Teil der Energieversorgung von ihnen abhängt. Die atomaren Installationen und Transporte müssen von einer Zentralgewalt durch ein ausgeklügeltes Sicherheitssystem geschützt werden vor Sabotage, Erpressungsmanövern usw.

Der «Elektrofascismus», wie diese totale Abhängigkeit von einer energie-spendenden Zentralgewalt auch schon genannt worden ist, ist die logische Folge der Wahl einer bestimmten Technologie.

Aber auch die alternative Kleintechnologie (sanfte Technologie) hat ihre gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen und Konsequenzen:

Es ist nicht denkbar, dass die Kapitalmengen, welche sich in den multinationalen Konzernen und Banken angesammelt haben, in dezentralisierten Kleinprojekten mit Kapitalbedarf bis 5000 Franken am profitabelsten zum Einsatz kommen. Deshalb hat die Kleintechnologie unter den heutigen wirtschaftspolitischen Bedingungen keine Chance. Bestenfalls werden kleintechnologische Konsumgüter (Velos, Sonnenkollektoren, Ackerbaugeräte usw.) in grosstechnologischen Produktionseinheiten (z.B. Fließbandfabriken) hergestellt.

Gibt's eine «sanfte Gesellschaft»?

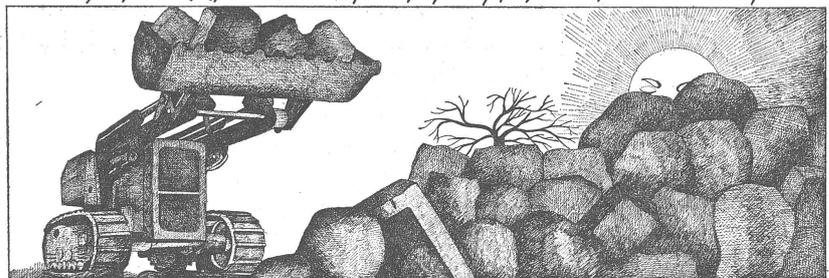
Eine Gesellschaft, in der die Kleintechnologie wirklich zum Tragen kommt, muss von einer dezentralisierten Machtstruktur geprägt sein, in der jeder über seinen Arbeitseinsatz mitbestimmen kann, denn sonst werden einige wenige die vielen anderen für Routinearbeit einsetzen, womit wieder Grosstechnologie notwendig würde...

Die Diskussion über die Frage, was nach der grosstechnologischen «Kreien Marktwirtschaft» («NZZ») bzw. dem «monopolistischen Spätkapitalismus» als Alternative kommen soll, muss deshalb sowohl Fragen der Technologie als auch der gesellschaftspolitischen Strukturen umfassen. Eine «Alternative» besteht eben nicht nur aus Sonnenkollektoren, Velos und biologischen Gärten, sondern auch aus einer Machtstruktur. Entscheidend ist nun, ob in jeder Gesellschaft vorhandene Macht bei wenigen Verwaltungsräten, «Experten» und Regierungsbeamten oder bei der Mehrheit des Volks liegt, d.h., ob sie geballt oder dispers auftritt. In einer «alternativen» oder «sanften» Gesellschaft, in der Machtkonzentrationen möglichst vermieden werden, ist auch die Summe der Macht kleiner, da die Mittel der totalen Machtausübung gar nicht vorhanden sind.

Christian Thomas



ES WAR EINMAL EIN BAUMKIND, DAS KANNTE DIE SONNE NICHT. DAS KIND VERKÜMMERTE. DIE HOHEN HÄUSER RINGSUM LIESSEN KEINEN SONNENSCHNEIN DURCHBLICKEN.



DIE HOHEN HÄUSER WÜRDEN ABGERISSEN+ZUM ERSTENMAL SCHIEN DIE SONNE AUF DAS KIND.



UND DAS KIND BLÜHTE AUF, LACHTE, WAR FRÖHLICH, GESUND UND TRUG FRÜCHTE.

Literatur
Peter Harper: drei Artikel in der Zeitschrift «Undercurrents» Nr. 5, 6 und 7.
Ivan Illich: «Die sogenannte Energiekrise oder die Lähmung der Gesellschaft», tororo aktuell Nr. 1763.
E. F. Schumacher: «Es geht auch anders», Verlag Kurt Desch, 1974.

++ redaktionelles ++ redak

Sie wissen schon: Wir möchten unsern Lesern Alternativinformationen anbieten, d. h. fundiert über Dinge berichten, die nicht überall zu lesen stehen. Wir möchten Sie darüber hinaus mit Standpunkten konfrontieren, die vielleicht auch nicht gerade die landläufigsten sind – kurz: Denkanstoss erzeugen. Damit erregen wir aber auch bei denjenigen Anstoss, denen es offenbar ein Dorn im Auge ist, dass Zeitungsläser denken. Worauf wir damit hinaus wollen: Wir möchten es dabei nicht mit einem frommen Bekenntnis bewenden lassen.

Es gibt allerlei Nachrichten, die man hierzulande gerne an die grosse Glocke hängt: was tatkräftige Public-Relations-Leute emsig erarbeitet haben, Selbstdarstellungen von Firmen oder Behörden, deren Erfolge aus ihrer eigenen Sicht. Daneben aber gibt's eine ganze Reihe von Details – oder wären es am Ende doch mehr als Details? –, die man lieber verschweigt: dubiose Geschäftspraktiken, faule politische

Tricks oder allgemeine Probleme, d. h. wirklich solche, die nicht ins Bild einer «schönen, heißen Welt» passen. An diesen «Details» ist «konzept» besonders interessiert. Und bei der Suche nach solcherlei Information können Sie uns behilflich sein.

Erfahren Sie in Ihrer Umgebung etwas Ähnliches, was Sie empört und was Sie wichtig genug finden, dass man eine grössere Leserschaft darüber informiert, dann gelangen Sie an uns. Schicken Sie uns die einschlägigen Unterlagen und Dokumente, geben Sie uns wenn möglich eine Kontaktadresse und -telefonnummer an. Wir wahren selbstverständlich strengste Diskretion und geben Dritten keine Namen bekannt.

Eine kritische Alternativzeitung ist so gut wie ihre Leser. Wir sind überzeugt, dass das Umgekehrte auch wahr ist. Vorausgesetzt, wir machen eine gute Zeitung... Der Beweis liegt bei Ihnen. Machen Sie mit!

Redaktion «konzept»

Dem schweizerischen Friedensforschungsinstitut droht die Schublade

Die Angst vor dem (Un-)Frieden

Die achtjährigen Geburtswehen des Projekts für ein schweizerisches Friedensforschungsinstitut scheinen nicht zu genügen: Wie vom Amt für Wissenschaft und Forschung (Department des Innern) zu vernehmen ist, muss das dem Bundesrat beantragte Projekt nochmals in die Vernehmlassung. Der Stab für Gesamtverteidigung und der Wissenschaftsrat wollen ein zweites Mal ihr Wort mitzureden haben, Das Hinauszögern wird allerdings auch noch so begründet: «Die finanziellen Schwierigkeiten im Bundeshaushalt und die damit verbundenen Sparmassnahmen lassen es im heutigen Zeitpunkt höchst fraglich erscheinen, ob dieses Institut seine Tätigkeit in naher Zukunft aufnehmen wird.» Ob dieses Argument angesichts des voranschreitenden Jahresbudgets zwischen lediglich einer halben und einer ganzen Million Franken glaubwürdig ist? Ob dem Projekt aufgrund der immer noch weiterbreitenden Angst vor kritischen Sozialwissenschaften nicht viel eher aus inhaltlichen Gründen durch die neue Vernehmlassung ein Riegel geschoben werden soll?

Das Bedürfnis nach einem Friedensforschungsinstitut in der Schweiz geht auf ein Postulat von Alt-Nationalrat Max Arnold und 26 Mitunterzeichnern im Oktober 1966 zurück. Darin wurde ein «Schweizerisches Institut für Konfliktforschung, Friedensförderung und Rüstungsbeschränkung» angeregt. Der damalige Vorsteher des Politischen Departements, Spühler, attestierte dem Postulat «grosse Aktualität». Doch wie haben die zuständigen Gremien in der Schweiz diesem Bedürfnis Geltung verschafft?

forschung und Friedenssicherung» ab, der zu neuen Hoffnungen auf sinnvolle Forschung Anlass geben könnte: Wichtige Einschränkungen für den Auftrag an das Institut sind wieder aufgehoben; Friede wird nicht mehr nur als Sache von Armeen, Staatsmännern und internationalen Organisationen betrachtet; die innenpolitischen und wirtschaftlichen Strukturen eines Landes oder eines Gebiets dürfen wieder als ebenso wichtig einbezogen werden. ... Als Standort vermutet man Bern, als Institutsdirektor Prof. C. Gasteyer. Doch die Hoffnung schmilzt angesichts

des Friedensforschungsprojekts ist künstlerisch wohl das auffallendste Merkmal des Widerstandes gegenüber dieser «heissen» Wissenschaft. Das komplizierte Verfahren, das angewandt wurde, zudem ohne damit an die wissenschaftliche Öffentlichkeit zu gelangen, erscheint als bewusste Taktik der Verbürokratisierung, als bürgerliche Vorbeugemedizin. Aus der Art und der Anzahl der Verfahrensschritte muss jedoch andererseits das grösste inhaltliche und verfahrensmässige Ratlosigkeit gelesen werden, die allerdings nicht allzu verwunderlich ist, da 1966 die für die Friedensforschung bedeutendsten Diskussionen (z.B. die von Galtung ausgehende Gewalt-Diskussion) erst im Anfangsstadium steckten. Trotzdem muss die Mutlosigkeit und die Passivität verurteilt oder andererseits der naive Glaube entlarvt werden, Forschung auf Jahre hinaus – zudem speziell für ein einzelnes Land – inhaltlich und methodisch festlegen zu können.

«Sonderfall Schweiz»

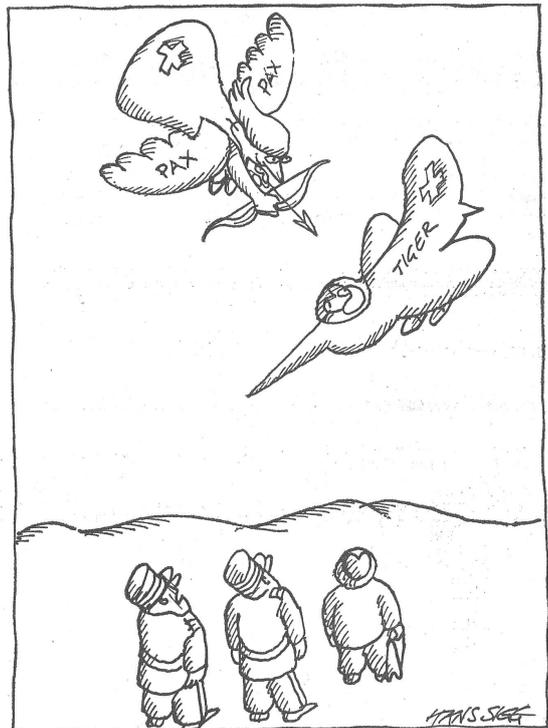
Ein weiterer Aspekt dieser Eingrenzungsversuche: der Sonderfall Schweiz. Es wirft ein schiefes Licht auf die immer wieder selbstrechtferdig hochgehaltene internationale Bedeutung der schweizerischen Vorbild- und Mittlerfunktion, wenn gleichzeitig in allen Vorschlägen für den Institutsauftrag (ausser dem der letzten Kommission) die Distanzierung von ausländischen Vorbildern eine derart zentrale Stellung einnimmt. Als wichtigstes Ueberbleibsel einer heute völlig antiquiert anmutenden Wissenschaft taucht immer wieder der Versuch auf, den Frieden und die Strukturen, die ihn verändern, auf die inter-nationale Ebene zu fixieren.

Grundlegenden Erkenntnissen will man sich immer wieder verschliessen: der Einsicht z.B., dass Abwesenheit von direkter Gewalt (Krieg) noch nicht Friede bedeutet; den untrennbaren Zusammenhängen zwischen innenpolitischen Verhältnissen, Entscheidungsstrukturen bzw. Machtverhältnissen einerseits und den aussenpolitischen Aktionen der staatlichen Gebilde andererseits; der Relativierung des Staats als eines Akteurs überhaupt; schliesslich Rückführung der Funktionen politischer Systeme auf umfassendere Notwendigkeiten wie z.B. die Behauptung ökonomischer Abhängigkeiten u.a.m. Die Abänderungen der Namen des Instituts sind nur eines der Anzeichen dafür: Rüstungsbeschränkung z.B. ist endgültig als eigenständiger Forschungsaspekt weggefallen.

Politisierte Forschung – Forschung als Politikum

Der Fall des Instituts illustriert weiterhin das ungelöste Verhältnis der Wissenschaft zu den politischen Institutionen: formal-politische Inkompetenz der Wissenschaftler und inhaltliche Inkompetenz der sich in der Wissenschaftspolitik als kompetent erachtenden Politiker. Die politischen Institutionen und die eingesetzten vorpolitischen Instanzen haben demonstriert, dass sie unfähig sind, ein gesellschaftliches Bedürfnis nach weisender Forschung auf fruchtbare Weise durchzusetzen.

Ob einmal eine Reorganisation der drei immer wieder durch ihre Differenzen sich gegenseitig lähmenden Instanzen (Wissenschaftsrat, Nationalfonds und Amt für Wissenschaft und Forschung) die Kompetenzen sinnvoller verteilen wird? Ob die Grenzzieher jetzt politisch siegen, oder ob sie viel effektiver erst langfristig die kritische Friedensforschung eingrenzen werden? Ob die jetzige Konzeption, wenn einmal die «nahe Zukunft» vorbei ist, schon wieder überholt sein wird und



Evaluation: «Dieser 'PAX' mag zwar in der Luft überlegen sein, als Erdkämpfer für uns jedoch völlig untauglich.»

man noch mehr Kommissionen einsetzen wird? Ob durch die Teuerung die Kosten steigen und die finanziellen Argumente dann doch stichhaltig werden?

Die Kürzung der Forschungsgelder, die neulich der Ständerat gutheiss, hat mindestens einen Grund der Schwäche der Wissenschaften blossgelegt: Von ihnen ist kein organisierter Widerstand zu erwarten, und die Folgen sind tatsächlich kurzfristig minim. Dass wissenschaftliche Forschung inhaltlich

derart undifferenziert dotiert bzw. eingeeignet wird, lässt jedenfalls tiefinnigen Weiblich vermuten...

Willy Nabholz

Friedensforschung oder Ratgeber für die Armee

Vorerst wurde der Wissenschaftsrat um seine Meinung gebeten, der die Ausarbeitung einer Projektstudie empfahl. Doch wie ist es zu erklären, dass allein für diese Empfehlung fast vier Jahre vergehen mussten? Erst im April 1970 wurde Alt-Botschafter Roy Ganz mit der Projektstudie beauftragt. Allerdings hiess das Institut jetzt nur noch «Schweizerisches Institut zur Erforschung der internationalen Beziehungen und Konflikte»...

Die Beschränkung auf die Erforschung der schweizerischen Aussenpolitik, die Eingrenzung auf spezifisch schweizerische Fragestellungen, wie Problemkreise des neutralen Kleinstats und allgemeine Fragen des Völkerrechts und der internationalen Organisationen hatte aber kaum mehr etwas mit Friedensforschung gemein, insbesondere in Anbetracht der Fortschritte und Entwicklungen der Friedensforschung etwa in den letzten sechs Jahren. Das Projekt gelangte nun zur Vernehmlassung wiederum an den Wissenschaftsrat und an den Stab für Gesamtverteidigung. Die Studie selbst wurde nie veröffentlicht. Sie wurde erst Anfang 1972 auszugswise bekannt. Der Stab – es zeichnete der berühmte berüchtigte Oberst Wanner – wollte dem Projekt weitere Fesseln anlegen und das Institut zu einem Ratgeber für Armee und Politisches Departement in aussenpolitischen Fragen degradieren.¹

Doch beginnt die Projektierung quasi wieder von vorn: Im September 1972 (es sind ja erst 6 Jahre her) wird vom Bundesrat eine neue, 15köpfige Kommission eingesetzt. Darin sind Wissenschaftler, Politiker, ein Redaktor und die Bundesdepartemente vertreten. Diese Kommission liefert im Juli 1973 ihren Bericht zur Schaffung eines «Schweizerischen Instituts für Konflikt-



Vom EMD der Presse vorgestellt: Angehöriger des Friedensforschungskorps im Kampfanzug

der anfangs beschriebenen Perspektiven wie Märzschnee wieder in sich zusammen. Der einzige Trost: Allein von einem Friedensforschungsinstitut ist ja auch kein Friede zu erwarten.

Kritische Wissenschaft

Nun ist tatsächlich die Friedensforschung ein Zweig der Sozialwissenschaften oder besser ein Ansatz gesellschaftlicher Forschung, der – bis ahin vor allem in den USA, dann in Deutschland, Holland und den skandinavischen Ländern – sehr konkrete, aktuelle Probleme zu seinem Gegenstand macht, immer mit der Frage nach den Möglichkeiten friedlicher Konfliktlösung und den Ursachen des Unfriedens. Dass eine solche Fragestellung mit herrschenden Interessen und allüberlieferten gesellschaftlichen Vorstellungen in Konflikt gerät, ist nicht nur selbstverständlich, sondern macht die Friedensforschung auch zu einem der wenigen Forschungsansätze, die konkrete und verwendbare Ergebnisse liefern können. Dies hat sich im besonderen in der Rüstungsforschung und in der Problematik der Entwicklungsländer gezeigt.

Die Friedensforschung ist von der Totalität ihrer Gegenstände und vom geringen Grad der wissenschaftsinterne Arbeitsteilung her eine interdisziplinäre, nach Galtung, dem Direktor des Peace-Research-Institutes in Oslo, noch deutlicher eine «transdisziplinäre Wissenschaft».² Aufgrund ihres emanzipatorischen, d. h. nicht selbstzweckhaften Anspruchs muss sie sich immer von neuem als «grenzüberschreitende Wissenschaft» bestätigen. Damit sind vorerst die Grenzen der herkömmlichen Disziplinen gemeint: Friedensforschung leitet ihre Erkenntnisse viel direkter als die selektiv arbeitenden einzelnen Disziplinen von der «unausweichlichen Auseinandersetzung mit politischen, ökonomischen, militärischen und sozialpsychologischen Makroproblemen»³ ab und versucht Analysen zu leisten, «welche die herrschaftssoziologischen und interessenpolitischen Leerstellen überkommener Forschung durchschaut und kritisiert haben.»

Wer hat Angst vor dem Frieden?

Je grösser nun ihr kritischer Gehalt, desto deutlicher bekommt die Wissenschaft die Taktik der Grenzzieher zu spüren. Die zeitliche Verschleppung

«offensiv» Nr. 12 ist erschienen!

offensiv

Die ZEITUNG DER SOLDATEN Erscheint viermal jährlich

Inhalt
SOLDATEN SCHREIBEN FUER «offensiv»

- ARMEE UND VOLK
- zum 100. Geburtstag von Henri Guisan
- Kampf dem Truppenübungsplatz Bernhardzell
- Diskussion zur Ausbildungsfrage
- Manöverdispositive LANDESVERTEIDIGUNG
- Zur Frage der Unabhängigkeit IMPERIALISMUS
- Der palästinensische Widerstand
- Zypern – Schauplatz eines imperialistischen Kampfes
- AGITATION
- Übersicht über die Ereignisse der Sommer RS 74
- VON VETERANEN LERNEN

Und vieles mehr; mit Illustrationen und Karikaturen.

Bestelltalon (einsenden an «offensiv», Postfach, 8042 Zürich)

... Einzelnummer(n) à Fr. 2.- von Nr. ... (Nr. 1 und 2 vergriffen)

... Abonnement à Fr. 8.- ab Nr. ...
... Unterstützungsabonnem. à Fr. 20.- ab Nr. ...

Name: ...
Strasse: ...
PLZ, Wohnort: ...
Datum: ...

Unser Briefkasten für Ahnungslose



Nein, liebe Frau M. I. in R., es kann Bundesrat Furgler wirklich nicht zugemutet werden, die Vorlage für die Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs vor dem Parlament zu vertreten. Denn nach Herrn Furglers tiefster ethischer Überzeugung stellt das Leben unser aller höchstes Gut dar und ist unter allen Umständen schützenswert, vorausgesetzt, es handle sich um ungeborene Schweizer Kinder und nicht etwa um chilenische Flüchtlinge.

Sie stellen die Hypothese auf, Herr T. B. in Z., dass Bundesrat Furgler seinen Widerstand gegen die Abtreibung spätestens dann aufgeben werde, wenn er realisiert habe, dass die Mehrzahl der heute unerwünschten zur Welt gebrachten Kinder – bedingt durch die ungünstigen bis misslichen Umstände, unter denen sie aufwachsen – als Er-

wachsene politisch nach links getrieben würde. Sie spielen hier auf den bewährten schweizerischen Grundsatz «lieber Tote als Rote» an. Doch dürfen Sie dabei nicht übersehen, dass sich Christus – als politische Leitfigur der CVP – stets ganz besonders um die Sünder und Gestrauchelten gekümmert hat. Demnach haben selbst nach katholischer Auffassung auch Linke durch die Chance, reuenvoll ins Himmelreich einzugehen, und dürfen deshalb nicht als «unwertes Leben» eingestuft werden.

Frau S. K. in B. Auch ihre Frage betrifft denselben Problemkomplex. Selbstverständlich bin auch ich ein Befürworter einer umfassenden Geburtenregelung, nach dem Motto «Vorbeugen ist besser als heilen». (Der Begriff der Familienplanung ist mir allerdings unsympathisch, das erinnert mich allzu stark an gewisse sogenannte sozialistische Länder, wo sich belächelnd der Staat auch noch regulierend in die Schlafzimmer schleicht.) Hingegen halte ich in unserer aufgeklärten Gesellschaft ihren Vorschlag für völlig untauglich, wonach die Beschränkung auf höchstens drei Kinder pro Familie mit dem Argument propagiert werden sollte, dass auf der Welt jedes vierte Baby ein Chinese sei.

Stellungnahmen zur Verschleppung des Projekts «schweizerisches Friedensforschungsinstitut»

● Amt für Wissenschaft und Forschung (Eidgenössisches Department des Innern) auf Anfrage im Mai 1974: «Die finanziellen Schwierigkeiten im Bundeshaushalt und die damit verbundenen Sparmassnahmen lassen es im heutigen Zeitpunkt höchst fraglich erscheinen, ob dieses Institut seine Tätigkeit in naher Zukunft aufnehmen wird.»

● Dieselbe Stelle, gezeichnet durch Prof. Dr. U. Hochstrasser, Direktor, auf nochmalige Bitte um Präzisierung:

«Von einer Verschleppung der Angelegenheit ... kann überhaupt nicht die Rede sein. In Anbetracht der Finanzknappheit im Bundeshaushalt ist eine allgemeine Tendenz zur Verlangsamung aller nichtprioritären Geschäfte festzustellen ...»

«Leider können wir Ihnen keine umfassendere Antwort auf Ihre Fragen geben. Das Spiel der Kräfte, welches zu einer Beschleunigung oder einer Verlangsamung einer politischen

Vorlage führt, wenn überhaupt, wohl erst nach deren abschliessender Behandlung durchleuchtet werden ...»

● Prof. Dr. C. Gasteyer, mutmasslicher Direktor des zu gründenden Instituts:

«Davon, dass ich Direktor eines solchen Instituts werden könnte, ist mir nichts bekannt.»

«... ich habe... die offenbar recht mühsamen Fortschritte des Institut-Projekts nur von ferne verfolgt.»

«Ich teile Ihre Ansicht, dass die Angelegenheit über Gebühr – vielleicht aus teilweise verständlichen Gründen (Wechsel in der Leitung des Departements), teils aus weniger erklärlichen Gründen – verzögert wurde. Finanzziele Überlegungen spielen bestimmt eine Rolle, auch wenn sie uns bei der in Frage stehenden Grössenordnung wenig überzeugend scheinen mögen. So bedauere ich die Verzögerung lebhaft, um so mehr, als ihr Ende vorläufig nicht abzusehen ist.»

Zürichs grösste Auswahl

Toll! Tschüms i jeder Form poschtet me bim Willy Korn

Jeans-Shop beim Poly
Sonnegstrasse 21 8006 Zürich

Gratisanpassung Legi 5% Rabatt

Auswahlen in die ganze Schweiz

Wie die USA Regierungen stürzen (2. Teil von «Die Schergen des Uncle Sam»)

«Wir tun alles, was uns gefällt!»

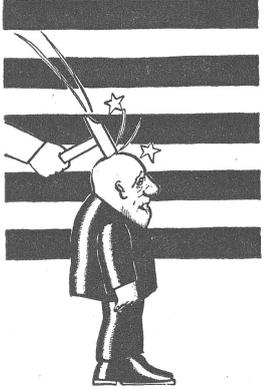
Nachdem «konzept» in der letzten Nummer das Spektrum der Machenschaften der CIA von Bestechung bis zum offenen Krieg aufgezeigt hat, versucht der zweite Bericht, die Feinheiten der Aktivitäten in Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wirtschaft und Regierung am Beispiel von Griechenland, Chile und Portugal darzustellen. Der Ausspruch des CIA-Chefs in

Griechenland vor dem Putsch ist mahndestes Beispiel für die Zielsetzung der Organisation: «Wir werden tun, was uns gefällt, und nichts kann uns daran hindern.» Dass dies heute in Griechenland wie in Portugal – abgesehen von anderen Ländern – der Fall ist, hat man nur zu guten Grund zu glauben.

Ruedi Küng



Ein Glück, dass es noch ein Land gibt, das ...



... jederzeit bereit ist, für ...



... Frieden und Freiheit zu kämpfen!

Dass die Unterkommission für ausländische Angelegenheiten des amerikanischen Senats die Anordnung einer Untersuchung empfiehlt, welche die Rolle der CIA beim Sturz der Regierung Allende in Chile klarstellen soll, ist eine lobenswerte Initiative. Mehr noch wäre sie es, wenn sie stattgefunden hätte, noch während sich die CIA ihren tiefen Bedürfnissen hingeeben hatte, und nicht erst nachher. Wenn diese Untersuchung sich aus dafür interessierenden würde, was die CIA im jetzigen Zeitpunkt in Portugal anzettelt, würde sie entdecken, dass es eine Operation genau im Stil derjenigen in Chile ist. Und hätte eine Untersuchung unmittelbar nach dem Putsch der Generäle in Griechenland 1967 stattgefunden, welche auch die Einmischung in die Angelegenheiten eines anderen Landes zur gleichen Zeit und auf die gleiche Weise im Auge gefasst hätte, so wäre die chilenische Tragödie zu vermeiden gewesen. Von der kambodschanischen ganz zu schweigen!

Der meineidige CIA-Chef

Die CIA hatte immer vehement geäußert, in irgendeiner Form beim Staatsstreich in Chile oder Griechenland beteiligt gewesen zu sein. Aber Präsident Ford hat einen Schritt zurück machen müssen. An einer Pressekonferenz im September hat er die Aktivitäten der CIA in Chile mit den Gründen für autorisiert erklärt, «die Regierung Allende habe versucht, die Presse und die politischen Oppositionsparteien zu zerstören». Er fügte hinzu: «Unsere Regierung stützt sich wie andere Regierungen auf Aktionen im Bereich der Information, um die Aufmerksamkeit auf die Politik des Auslands zu erleichtern und die nationale Sicherheit

CIA und Coca-Cola

Der amerikanische Geheimdienst CIA ist eine Henkerorganisation, mehr noch: er ist die geheime Armee der USA, welche Kriege führt, während die Präsidenten den «Frieden festigen». Diese Armee ist allerdings nicht nur Heer, Luftwaffe und Flotte. Sie ist die Regierung und auf deren Geheiß der grössten imperialistischen Macht ihre Herrschaft und somit der grössten Wirtschaftsmacht ihren Reichtum erhält oder sogar ausweitet. Für die Wirtschaft heisst das: Sicherung der billigen Rohstoffquellen, Sicherung der Absatzmärkte fertiger Industrieprodukte vom schon legendären Coca-Cola zum modernsten Waffensystem. Die Organisation ist nicht eine Henkerbande aus unbegründeter Mordlust, sondern der brutale Arm der Weltmacht USA.

Ruedi Küng

zu gewährleisten.» Von diesem Moment an scheint es, dass Richard Helms, der gegenwärtige CIA-Chef, dafür belangt werden könnte, dass vor dem Kongress jede Beteiligung der CIA beim Sturz Allendes unter Eid leugnete.

Was die Art und Weise der von der amerikanischen Regierung beschlossenen «Aktionen» betrifft, haben griechische Politiker interessante Äusserungen gemacht. Andreas Papandreu, welcher nach sechs Jahren Exil wieder in seine Heimat zurückgekehrt ist, hat seine ersten Begegnungen mit der CIA dargelegt, welche er übrigens auch in einem Buch festgehalten hat.

Bildung einer Front der Rechten ...

1961, zur Zeit, als in Griechenland Wahlen abgehalten werden sollten, waren die USA beunruhigt darüber, dass die Front der Linken, die EDA, von Volk unterstützt wurde. Der Vater von Andreas, Georgios Papandreu, welcher Premierminister war, widerstand den Pressionen des Königs und der amerikanischen Botschaft, welche ihn zur Annahme eines Wahlsystems von «Bruderparteien» zwingen wollten, das heisst zur Bildung einer Rechtsfront gegen die EDA.

Zu diesem Zweck war Laughtin Campbell, der Chef der CIA, in Griechenland zu Andreas Papandreu gekommen, um von ihm eine Einflussnahme auf seinen Vater zu erreichen. Auf die abschlägige Antwort zeigte Campbell plötzlich das wahre Gesicht der CIA: «Sagen Sie ihrem Vater, dass wir in Griechenland noch immer alles erreichen, was wir wollen. Wir tun das, was uns gefällt, und nichts kann uns daran hindern.»

Im April 1974 hat der Chef der CIA, William Colby, ein wenig den Schleier über den Aktivitäten der Organisation in Chile gelüftet, als er zugab, dass das streng geheime «Komitee der vierzig», welches von Henry Kissinger geleitet wird, 350 000 Dollar ausgegeben hat, um eine genügend grosse Zahl chileni-

CIA intim

Die Schergen von Uncle Sam (I. Teil)

Den ersten Teil des Berichts über die CIA finden Sie im «konzept» Nr. 11/74. Einen ausführlichen Bericht über Chile in Nr. 1/74, über Portugal in Nr. 5/74 und über Griechenland in Nr. 4/74. Jede Nummer ist gegen 1.50 Fr. in Briefmarken unter Beilegung einer Adresse bei der Redaktion zu beziehen; «konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich.

scher Parlamentarier zu kaufen, welche die Ratifikation des Wahlergebnisses von 1970 verhindern sollten, jenes Wahlergebnisses, das Salvador Allende an die Macht gebracht hatte. (Diese Summe scheint winzig, wenn man sie mit den Millionen von Dollars vergleicht, welche die CIA 1954 an der laotischen Genfer-Konferenz-Mitglied zahlte, damit es sich weigere, die Übereinkunft zu unterschreiben. Was

1) Tom Pappas' Verbindung zur CIA hat er selbst bestätigt. Die Pappas Foundation von Boston figuriert auf der Liste jener Institutionen, welche zugeben, Gelder der CIA nach Lateinamerika zu transferieren.
2) 1000 Esc. = ca. 120 Fr.

dieses dann auch tat. Aber ein anderes Mitglied der laotischen Delegation, Ku Vuravong, wies die Bestechung zurück und unterschrieb die Konvention im Namen seiner Regierung. Er wurde vom anderen Mitglied ermordet, nachdem er die Angelegenheit der laotischen Nationalversammlung zur Kenntnis gebracht hatte.)

... mit Hilfe von Dollars

Was die Fähigkeit der CIA, Parlamentarier und Minister zu kaufen, bewirkt, hat ein Abgeordneter der Zentrumsumunion, G. Papandreu, F. G. Panagiotopoulos, gesagt.
1965 hatte G. Papandreu, der noch immer Premierminister war, den Versuch von L. B. Johnson, persönlichen Druck auszuüben, widerstanden, welche darauf hinausliefen, die Zypernfrage mit einer Teilung zu lösen und auf Zypern eine Basis der Nato zu errichten.

Nach diesem Gespräch begann die CIA zu versuchen, sich G. Papandreu

Aethiopien

In Aethiopien ist eine überalterte Monarchie gestürzt worden. Die Machtübernahme durch die Militärs hat eine breite Bewegung im ganzen Land hervorgerufen, welche alle unteren sozialen Schichten umfasst. Ueber die Hintergründe dieser Veränderungen, über die Situation und Geschichte von Aethiopien informiert ein umfassender Artikel im «konzept» 7/74. Zu beziehen bei der Redaktion: «konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich, gegen 1.50 Fr. in Briefmarken unter Beilegung einer Adresse.

zu entledigen. Die CIA begann, junge Offiziere zusammenzuführen, welche ein Komplott eingehen könnten. Darunter waren auch Papadopoulos und Ioannidis. Gleichzeitig versuchte die Agentur, über den griechischen Multimillionär Tom Pappas' zentralistische Abgeordnete zu kaufen. Von 300 Delegierten waren damals 170 Mitglieder der Zentrumsumunion, die stärkste je im griechischen Parlament erreichte Mehrheit nach dem Krieg. Papadopoulos, der von der Verschwörung Kenntnis hatte, versuchte, den Posten des Verteidigungsministers zusätzlich zu erhalten. Da diese Entscheidung eigentlich im Kompetenzbereich des Premierministers gelegen hätte und es der König war, welcher, auch in Kenntnis des Komplotts, die Entscheidung verhandelte, reichte Papadopoulos seine Demission ein. Darauf wurde Georgios Novas Premierminister, welcher in seinem Kabinett allerdings nur zwei Minister des alten behalten konnte.

Das war eine Situation, in der die CIA neue Anstrengungen unternehmen musste. Sie gab zwischen 250 000 und 400 000 Dollar aus, um ehemalige Zentrumsumunion-Minister zu bewegen, an der neuen Regierung teilzunehmen. Ein Teil der Summe wurde gegen das Versprechen teilzunehmen ausbezahlt, der Rest nach der Bildung der Regierung. Von den 40 so gekauften neuen Ministern stimmten allerdings einige, angewidert durch die Machenschaften der Agentur, zusammen mit den Anhängern von Papandreu. Novas fehlten drei Stimmen für die Mehrheit.

Erst nachdem die CIA erneut einige

Millionen Dollar hatte den Besitzer wechseln lassen, war die politische Richtung der Regierung nach rechts gebracht, was den Putsch der extremen Rechten vorbereitete.

Was F. Panagiotopoulos schildert, gleicht aufs Haar dem, was man in Vientiane und Phnom Penh beobachtet, wo die CIA ebensolche Minister und Delegierte über den dortigen «Tom Pappas» kaufte.

In jedem Fall direkte Beteiligung

Aber die CIA war auch am Putsch selbst beteiligt. Georgios Papadopoulos, Mitglied der «Fünferjunta», war Verbindungsoffizier zwischen der CIA und dem KYP, dem griechischen Geheimdienst. Nicholas Makarezos leitete die Nachrichtenabteilung des KYP in der Nacht des Putsches. Michael Rufogalis, bei welchem die Gruppe am 20. April 1967 zusammenkam, war Direktor des Personaldienstes des KYP. Darüber hinaus war der KYP ein finanzielles und administratives Anhängsel der CIA. Die anderen Generäle, Pachos und Hadjipetros, waren zwar nicht Mitglieder des KYP, aber Hadjipetros kommandierte die Nato-Basis auf Kreta, ein Posten, welcher nur durch Männer besetzt wird, welche sehr eng mit der militärischen Mission der USA und der CIA verbunden sind.

Im heutigen Griechenland versucht die CIA, sich in Vergessenheit geraten zu lassen, was angesichts der antiamerikanischen Woge über Griechenland nur verständlich ist. Täglich zeigt die Presse Bilder von zerstörten amerikanischen Wagen, die Zahl der amerikanischen Touristen ist auf ein Minimum zusammengeschrunpft.

Man nimmt an, dass die CIA ihr Personal in Griechenland um die Hälfte reduziert habe. Trotzdem bleiben sie und ihre Schwesterorganisation KYP weiterhin aktiv vor allem durch Versuche Unruhe zu stiften, welche einem neuen starken Regime die Legitimation bieten würde. So werden neueste Provokationen einer Sektion B des KYP zugeschrieben, derselben Sektion, welche für den Staatsstreich auf Zypern verantwortlich gemacht wird.

A. Papandreu hat im Zusammenhang mit dem Verbleib von CIA-Agenten in Griechenland geäußert, dass es in Griechenland keine normale Aktivitäten geben könne, solange die Verantwortlichen für das Folterregime und die Tragödie auf Zypern nicht verhaftet und verurteilt worden sind.

CIA und Wirtschaft: Gemeinsame Sache

Aber es gibt nicht nur einen «Vierzigerausschuss» für Chile und Griechenland, sondern auch für Portugal. Es ist auch bekannt, dass die CIA unmittelbar nach dem Staatsstreich vom 25. April 1974 in Portugal ihr Hauptquartier auf einem Schiff im Hafen von Lissabon eingerichtet hat. Wenn auch das Gericht nicht bewiesen werden kann, wonach die Mannschaft gewisse Elemente enthält, welche in Chile unmittelbar vor dem Putsch operiert haben, kann man immerhin bestätigen, dass die amerikanischen Institutionen und Unternehmungen eine wichtige Rolle bei den zwei wirtschaftlichen Sabotagen spielten, welche bisher die portugiesische Regierung in Schwierigkeiten gebracht haben.

Nachdem sich die IIT vor dem Putsch geweigert hatte, einen Vertrag zu unterzeichnen, der eine Erhöhung des monatlichen Minimallohnes von 2800 auf 4000 Escudos¹ bedeutet hätte, bietet sie jetzt, nach dem Putsch, 10 000 Esc. Dieser Trick ist Teil eines zusammen mit anderen, auch portugiesischen Monopolen angelegten Versuchs, eine breite Front von Lohnkämpfen zu erreichen, welchen die kleineren und mittleren Betriebe nicht entsprechen könnten, was Hunderttausende von Arbeitslosen mehr bedeutet.

Eine zweite Welle von Sabotage ging über Portugal, als die Regierung einen Minimallohn von 3300 Escudos anordnete. Unter dem Vorwand, dass ein solcher Lohn die Unternehmung nicht mehr profitabel führen liesse, schlossen amerikanische Firmen und entliessen ihre Arbeiter. Der Fall der Applied Magnetics ist dafür klassisch. Am Zahltag erklärte die Firmenleitung, dass für die Auszahlung der Löhne kein Geld mehr vorhanden sei. Der Finanzminister habe einen Kredit von 5 Mio. Escudos zur Auszahlung der Arbeiter verweigert. Auf die ministerielle Anordnung hin, C. Frazer, der Chef, habe die Auszahlung unverzüglich vorzunehmen, stieg dieser in ein Flugzeug und reiste nach London, von wo er mit einem Telegramm mitteilte, die Fabrik sei als geschlossen zu betreiben. Zwei Wochen vom Erlöse der Maschinen und Einrichtungen. Löhne ausbezahlt, aber zwei Wochen später meldete die Signetics Limited die Entlassung von 1000 Arbeitern. General Data Electronics meldete ihren Konkurs an. Mit gutem Grund nimmt die portugiesische Regierung an, dass dieser Entschluss nicht ökonomisch zu begründen ist, mehr noch aber, dass die CIA diesen Machenschaften nicht fernsteht.

Vielen kleineren und mittleren Unternehmungen werden plötzlich die sonst gewährten Kredite verweigert, und zwar von denjenigen Institutionen, die

stark von amerikanischem Kapital abhängige sind.

Seit Mitte August ist es klar, dass die lokalen Monopole und die multinationalen Konzerne eine Kampagne lanciert haben, welche ein ökonomisches Chaos bewirken soll. Jede von der Regierung beschlossene Verbesserung der Situation der Arbeiter ist begleitet von Protesten, die bisweilen von höchster Regierungsstelle Amerikas kommen.

Der Beschluss der portugiesischen Regierung, die rechtsextreme Nationalistische Partei zu verbieten, fällt bestimmt unter jene Aktivitäten, welche nach Präsident Ford es erlauben, dass die CIA eingreift. Aber jener Eingriff hat schon unmittelbar nach dem Machtwechsel vom 25. April begonnen.

Wilfried Burchett



Mit eindrücklichem Mehr hat der Schweizer Kantonsrat der Zürcher Industriellen Dr. Dieter Bühle unentgeltlich ins Schweizer Kantonsbürgerrecht aufgenommen. An Anerkennung seiner loyalen und grosszügigen Einstellung gegenüber der Gemeinde und seiner sozialen Aufgeschlossenheit und seines Verständnisses gegenüber der Arbeitnehmerschaft, lautete der Kanon, mit dem der Entscheid besungen wurde. Ob mit sozialer Aufgeschlossenheit wohl die freundschaftlichen Beziehungen gemeint sind, welche die Firma Bühle mittels ungesetzlicher Waffenschiebereien mit Regierungen fremder Staaten pflegt?

Auf der Kehrichtdeponie der Gemeinde Obrihegheim bei Stuttgart (BRD) ist hochradioaktives Material gefunden worden, welches mit alter Wahrscheinlichkeit vom naheliegenden Kernkraftwerk Obrihegheim stammt. Der Fall, welcher von einem Redaktor aufgedeckt worden war, wirbelte vor allem deshalb viel Staub auf, weil dieser besondere Staub das 20fache der erlaubten Höchstgrenze an Radioaktivität erreichte. In welcher Weise aber der Bürgermeister von Obrihegheim, Ernst Ertl, den Fall kommentierte, übersteigt jeden halbwegs gesunden Menschenverstand: Für die Bevölkerung hätten zu keiner Zeit Gefahren bestanden. Er habe den Sack mit dem Material selbst in der Hand gehalten, und ihm sei nichts passiert. Er deutete die Möglichkeit an, dass Unbekannte das Material auf die Kehrichtdeponie gebracht hätten, und erinnerte daran, dass in den vergangenen Tagen Mitglieder des «Kommunistischen Bundes Westdeutschlands» Flugblätter gegen den geplanten Ausbau des Kernkraftwerks verteilt hätten. Während die erste Äusserung die grenzenlose Dummheit des Regierungsbeamten beweist, vermag die zweite die fahrlässige Handhabung der Sicherheitsvorschriften nicht zu vertuschen. Die dritte aber ist in ihrer heterischen Art und verleumderischen Weise geradezu obszön.

Auch Staatsschützer sind vor dem Staatsschutz nicht sicher. Wie uns das Kriminalkommissariat III der Stadt Zürich (zuständig für Staatsschutz) mitteilt, soll «konzept» ab sofort auf Postfach 289, 8021 Zürich, adressiert werden und nicht mehr an die Stampfenbachstrasse 63. Ob wohl die «konzept»-Leser im Staatsschutz-Kommissariat von ihren eigenen Leuten bespitzelt worden sind?

Urteil eines Gerichts in Deutschland: «Der Ersatz für den Wegfall der Ehefrau in der Haushaltsführung ist so zu bemessen, dass der geschädigte Ehemann in die Lage versetzt wird, sich in üblicher Weise wirtschaftlich gleichwertige Dienste zu verschaffen, ohne sich Einschränkungen auferlegen oder die Mildtätigkeit Dritter in Anspruch nehmen zu müssen.» Wer meint, dass Urteil stamme aus den späten dreissiger Jahren sieht sich getäuscht. Es ist die heute übliche Weisung, von der einem nur übel werden kann.

Endlich die Wahrheit über Allendes Chile! In Deutschland wirbt ein Autor (Lothar Bossle) mit seinem Verlag (Seewald) bei Geldgier für die Unterstützung eines wahrhaft anderen Buches über Chile. Werden da gleich generalisierend Aktionen für einen künftigen Bestseller ins Auge gefasst, spricht sich ein schon vorhandener Klappentext (das Buch ist noch nicht geschrieben) in deutlicher Sprache aus: «Allende behandelte die Verfassung Chiles wie Hitler die Verfassung von Weimar: er setzte sie nicht ausser Kraft, aber wendete sie auch nicht mehr an. (...) Chile wurde ein Tummelplatz für eine linkssozialistische Kamarrilla. (...) Allende, ein sozialistischer Pathetiker, ... ein Böhmlein ... zwiespältig in seinem Charakter.» Und so weiter. Was man allerdings von diesem Herrn Lothar Bossle nicht behaupten kann!



Werden Sie Genossenschaftler des Z-Verlages...

Es handelt sich um eine Genossenschaft zur Veröffentlichung von Werken, die sonst kaum von einem Schweizer Verlag herausgebracht würden.

Weitere Informationen: Genossenschaft Z-Verlag, Neuweilerstr. 96, 4054 Basel



Chile-Flüchtlinge - Schweizer Asylpolitik Peter Braunschweig, Jürg Meyer 1974 Fr. 4.50

Dokumente und Kommentare zur öffentlichen Meinung in der Schweiz, zur Wirklichkeit der direkten Demokratie und zum innenpolitischen Hintergrund.

Montag-Abende der Basler Theater:

Der Generalstreik 1972 56 Seiten Erich Holliger Fr. 8.80

Die Rekonstruktion der ausserordentlichen Bundesversammlung vom 12./13. November 1918 anhand des amtlichen stenographischen Bulletins.

Der Nicole-Prozess 1973 106 Seiten Erich Holliger Fr. 8.80

Die Schliesserei von Genf vom 9. November 1932 im Spiegel des Prozesses gegen den Genfer Arbeiterführer Leon Nicole.

Frontenfrühling 1974 59 Seiten Erich Holliger Fr. 7.50

Rekonstruktion einer Kampfersammlung der Nationalen Front im Frühling 1933. Die Texte der Montag-Abende eignen sich für Auführungen von Theatergruppen und Schulklassen.



AUSLÄNDISCHE ARBEITNEHMER 1974 80 Seiten Fr. 8.80 Kommission für Ausländerfragen der Sozialdemokratischen Partei und des Gewerkschaftskartells Basel-Stadt. HSRG: Dieter Zeller

Die Texte stellen das vorläufige Ergebnis einer Kommission für Ausländerfragen dar. Dabei handelt es sich vornehmlich um die Auswertung von Arbeitstagungen, die im Mai 1973 bzw. im August 1974 im Genossenschaftlichen Seminar in Murtens in Wirtschaft, Gesellschaft und Schule besprochen.

«Alle Arbeiter sind Fremdarbeiter» lautet der Titel des ersten Teils. Zunächst erfährt der Leser etwas über die Beziehungen zwischen Einheimischen und Ausländern aus geschichtlicher und soziologischer Sicht. Darauf wird die Ausländerproblematik in Wirtschaft, Gesellschaft und Schule besprochen.

Kennen Sie Die Stelle... Verlangen Sie telefonisch oder mit Postkarte eine Probenummer der neuesten Ausgabe! EIDG. PERSONALAMT Stellennachweis 3003 Bern Telefon 031/61 62 53

Das homosexuelle Verlangen von Guy Hocquenghem. Brosch., 164 S., Fr. 12.90. «Nicht das homosexuelle Verlangen ist problematisch, sondern die Angst vor der Homosexualität.» Le désir homosexuel. G. Hocquenghem. (français) Br. 121 p. Fr. 10.50. «him», das magazin mit dem mann Monatliche Zeitschrift, ill., mit Informationen. Einzelnummer Fr. 9.50. «hey», Gay-Magazin Monatlich. Organ der S. O. H. Einzelnummer Fr. 6.—. Abonnementpreise (Lieferung weiterer Zeitschriften) über Peter Thommen, Buchhändler, Postfach 177, 4018 Basel, PC 40-67761 (Versand Fr. 1.—)

Bezirksschulverwaltung Schwyz Wir suchen für unsere Sekundarschulen in Brunnen Schwyz Steinen Sekundarlehrer(innen) phil. I und II Besoldung nach neuer kantonaler Verordnung plus Teuerungszulagen und Ortszulagen. Anmeldungen mit den üblichen Unterlagen sind erbeten an die Bezirksschulverwaltung des Bezirks Schwyz, Herrn Kaspar Hürlimann, Bezirksschulverwalter, 6410 Goldau SZ, Telefon Büro (043) 21 20 38, Privat (041) 82 10 95.

Schulgemeinde Frauenfeld Wir suchen auf Beginn des neuen Schuljahres (21. April 1975) Lehrerinnen und Lehrer Unterstufe Mittelstufe Abschlussklasse Spezialklasse Wir bieten angenehme Arbeitsverhältnisse und eine gute Entlohnung. Interessenten werden gebeten, sich beim Schulpräsidium, Rheinstrasse 11, 8500 Frauenfeld, Telefon (054) 7 42 65, zu melden.

treffpunkt

Attraktiver, weitoffener junger Lehrer 27/182, sucht warmerzige Partnerin, die mit ihm zusammen das aktive Leben in der Gemeinschaft lernen möchte. Bildzuschriften an Chiffre 7689, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich. Hast Du Freude an Reisen, Sport, Kulturellem, Gemütlichkeit und weniger am Alleinsein? War Lehrerin, bin Studentin, 31 J. Ich beantworte jede Bildzuschrift mit 100% Diskretion. Chiffre 7652, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich. ZH/BS: Student, vielseitig interessiert, sucht sympathischen, sportlichen Freund zwischen 24 und 30 Jahren zu Gedankenaustausch und Freizeitgestaltung. Bitte Bildzuschrift an Chiffre 7681, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich. Student 32/153 glücklich verlobt, mit toleranter Frau, sucht (möglichst vollbusige) anschiegsame Gespielin für hie und da. Wer selber auch glücklich gebunden ist, wird bevorzugt. Zürich, Chiffre 7696, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich. 23jähriger Mittelschüler (2. Bildungsweg) sucht Freundin für gelegentlichen Gedankenaustausch usw. Kontaktbrief evtl. mit Bild unter Chiffre 7713, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich. FR: Student, 24, sucht homophile Leidensgenossen für Freundschafts- und Interessengruppen. Macht Du mit? Diskretion Ehrensache. Du erreichst mich unter Chiffre 7712 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich. Zwei junge, sportliche Studenten (Auto und Wohnung) suchen tolerantes Mädchen oder Dame, um alle Freuden des Lebens auszukosten. Bildzuschriften an Chiffre 7711, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich. Bern/Westschweiz. Akademiker, 31, in gehobener Position sucht männlichen, intelligenten, sportlichen Freund. Zuschriften bitte mit Bild (zurück) an Chiffre 7710 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich. Mäler sucht hübsches weibl. Modell. Raum Winterthur-Zürich Umgebung. Gute Bezahlung, wird abgeholt. Bildzuschriften bitte unter Chiffre 7730 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich. ZH: Studentin, 26 J., halbindividuellistisch, halbsozial ausgerichtet, sucht Freundin z. Aufbau einer Beziehung. Sie sollte echt und allem gegenüber aufgeschlossen sein, nicht älter als 30 J. Chiffre 7731 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich. ZH: Ich, 178/34, in freiem Beruf tätig, spez. Interessen Kunst, Film, Politik, suche einen sensiblen und offenen Freund bis ca. 28 J. für aktive Partnerschaft (evtl. Wohngemeinschaft). Chiffre 7732 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Ob es wohl Frauen gibt, die so etwas wie sexuelle Unbefangenheit besitzen und ihre Freiheit noch nicht ganz verloren haben? Auf konkrete Antworten hofft ein ehrlicher Trücker. Chiffre 7746 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

FLOHMARKT

- In kleiner Wohngemeinschaft, Nähe Niederglatt, ist noch 1 Zimmer für ein Paar frei. Ca. 25 Bahnminuten von Zürich HB. Einzug ab sofort. Preis: ca. 259 Fr./Monat. E. Geiger, Adlibogenstr. 37, 8155 Niederhasli. ● Wer kommt mit in den Fernen Osten, dann nach Australien und Neuseeland? Start Anfang Febr. 1975. Tel. (061) 43 87 03. ● Wer fährt von Basel öfters übers Wochenende nach Zürich und würde mich gegen Benzinkostenanteil mitnehmen? Tel. (061) 43 87 03. ● Wenn sich 2 geübte Schwyzerörgel-Spieler sowie 2 Ausrihter finden, könnten wir eine Stud.-Ländlerkapelle gründen. Ziel: ebensoehr zäme da Plausch ha wie gutes Musizieren. Raum Zürich. Anfragen an Hannes Spillmann, Tel. (01) 28 61 29.

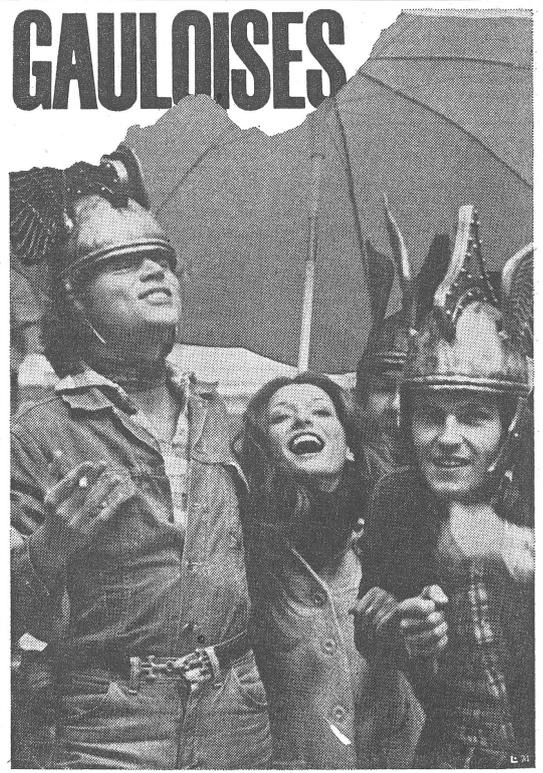
treffpunkt FLOHMARKT

Zum Inserieren einfach Talon ausfüllen (maximal 8 Zeilen) und einsenden an MOSSE-ANNONCEN AG, Postfach, 8023 Zürich, und Betrag (Kontaktinserat inkl. Chiffregebühr: Fr. 15.—, Kleininserat: Fr. 12.—) auf Postcheckkonto 80-1027, Mosse AG, 8023 Zürich, einzahlen, mit Vermerk «Kontaktinserat konzept» bzw. «Kleininserat konzept» auf der Rückseite vom Abschnitt des Einzahlungsscheins. Falls Platz nicht genügt, weiteren Talon ausfüllen und doppelten Betrag einzahlen. Ihr Inserat erscheint nach Ueberweisung des Betrages. Auf Kontaktinserate eingehende Briefe werden wöchentlich per Post zugestellt. Diskretion zugesichert. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen.

Text (der angegebene Rahmen darf nicht überschritten werden): [Grid for text entry]

Kontaktinserat* (Fr. 15.—) Kleininserat* (Fr. 12.—) * Nichtzutr. streichen Name und Adresse: Unterschrift:

Aus USA ORIGINAL Für Wintertage BLUE JEANS: Wrangler, Lee, Cooper, Levi Strauss. Armee-Schlafsäcke, Feldjacken und Hosen, Reporterärmel, Filiegerjacken, Nylon-Gestellrucksäcke, Lee Riders und Jacken, Leder-Armeestiefel, Lammfellstiefel, Lederbekleidung usw., Grossauswahl in Occasionen. Boeing-Lumber Nylon oder Baumwolle Bomberjacken in Fell u. Leder, Occ. Marine-Pullover, Wintermützen, Lammfell. Versand ganze Schweiz. Gratisprospekt. Bäckerstrasse 22, 8004 Zürich, Tel. (01) 23 90 67.



Neuer Kurs Im Studentendachverband: aktiv, aber realistisch

Kompromisslos konsolidieren

Am 29. November tagte der 12. Delegiertenrat (DR) des Verbandes der Schweizerischen Studentenschaften (VSS). Weill sich die Angriffe auf die verfassten Studentenschaften in den letzten Wochen ganz besonders gegen die Studentenschaften der Uni Basel gerichtet hatten, wurde der DR in Basel abgehalten, um so die Solidarität des Verbandes mit einer in Schwierigkeiten stehenden Sektion deutlich herauszustellen. Auch im übrigen stand der DR unter dem Zeichen des Kampfes gegen Bestrebungen, die verfassten studentischen Organisationen zu schwächen.

«Es ergab sich aus unserer Sicht, dass fürs erste mit einer Tradition zu brechen sei: mit der Tradition nämlich, am ersten Delegiertenrat mit dem neugewählten Vorstand ein Aktionsprogramm verabschieden zu lassen.» Diese Feststellung, niedergelegt in der Einleitung des «Arbeitsplans 74/75» des VSS-Vorstandes, beruht auf der Überzeugung, dass Aktionen dann und nur dann unternommen werden sollten wenn sie eine inhaltliche Kontinuität der Verbandsarbeit fördern. Die in studentischen Gremien übliche personelle Fluktuation ist dann schwerwiegend, wenn sie zu einer diskontinuierlichen Arbeitsweise führt; gelingt es dagegen, durch bewusste Verankerung jeder Aktivität in den Sektionen längerfristig angelegte Vorgehensweisen an- und durchzusetzen, so können die Nachteile des häufigen personellen Wechsels teilweise aufgewogen werden.

Studentenschaft akzeptabel seien. Da geschehen dann so merkwürdige Dinge, dass etwa von einer Vortragsreihe gewisse Vorträge bewilligt werden und andere nicht – Demokratie ist das, was die Regierung sagt...

Das könnte nun natürlich als kurzfristige Schwierigkeit abgetan werden, als Polit-Rezession, der dann automatisch wieder ein Gipfel höchster demo-



Verband der Schweizerischen Studentenschaften
Erlachstrasse 9
3012 Bern
Tel. (031) 23 28 18

kratischer Konjunktur folgen werde, und wenn es so wäre, brauchte man ja nur zu warten. Aber: Inzwischen geschehen eben noch ganz andere Dinge. Inzwischen werden Universitätsgesetze vorbereitet, die die Machtlosigkeit oder gar Inexistenz der Studentenschaften zementieren sollen, es werden Propagandagruppen gegründet, die – oft gar noch unter der schnellhändigen Vorgabe, auch sie seien ja «für eine studentische Organisation» – an die Stelle umfassender, politisch konsequenter Interessenvertretung blosser Dienstleistungen à la Rabattmarkenbüchlein setzen wollen, und Mitbestimmungsrechte werden – wo sie überhaupt je bestanden haben – zu Mitraucherheiten in kompetenzlosen Beratungsgremien degradiert.

Unter diesen Umständen musste der VSS-Vorstand darauf dringen, dass die Diskussionen um seinen Arbeitsplan ohne hochfliegende Utopien, dafür aber mit stetem Blick auf das im Interesse der Erhaltung demokratisch aufgebaueter Studentenschaften Realisierbare

geführt wurden. Als Folge dieser Diskussionen ergaben sich die folgenden Schwerpunktssetzungen seitens der Delegierten:

- Die Prioritätensetzung des Vorstandes im Bereich «Universitäts» wurde grundsätzlich begrüsst. Sie sieht vor, dass bis Januar 75 ein umfassender Argumentationskatalog zum Thema Numerus clausus und eine Dokumentation (Organigramm) über die schweizerischen wissenschaftspolitischen Organe vorliegen sollen. Weiter sollen die Entwürfe für neue Universitätsgesetze zusammengestellt und kommentiert werden, und entsprechende Vernehmlassungen sollen beantwortet werden. Zum Thema Hochschulförderungsgesetz schätzt der Vorstand die Chance einer Einflussnahme eher gering ein – trotzdem soll keine Möglichkeit verpasst werden, sich in die Beratungen einzuschalten. Hier zeigte sich, dass von Resignation im VSS trotz schwierigen Umständen nicht die Rede sein kann: Der DR befand eindeutig, dass die aktive Teilnahme an allen wichtigen Vernehmlassungen nicht aufgegeben werden dürfen.

- Die Weiterführung und genaue Überprüfung der internationalen Kontakte war unbestritten; auch die nötigen finanziellen Mittel genehmigte der DR, offensichtlich geleitet von der Ansicht, dass die aktuellen Schwierigkeiten des VSS und der Studentenschaften nicht mehr nur im nationalen Rahmen gesehen werden dürfen.

- Das Sozialressort war vor allem mit den Bereichen Ausbildungsfinanzierung und Wohnungskampagne Gegenstand lebhafter Diskussionen. Zuhanden einer im Januar abzuhaltenden Sozialministerkonferenz wurden vor allem die Anregungen gemacht, man habe sich bei der Bundesgesetzgebung über Stipendiensubventionierung und mit den Möglichkeiten einer Neuaufgabe der Wohnungskampagne auseinanderzusetzen. Dass eine Stipendienstatistik neu herausgegeben werden muss, von keiner Seite bestritten. Zum Thema Bücherrabatt konnte der Vorstand darauf verweisen, dass sein Vorgehen bis jetzt offenbar nicht ungeschicklich gewesen sei dürfte und dass er infolgedessen seine Position gegenwärtig nicht

grundlegend zu revidieren gedanke. Verstösse gegen die Rabattordnung sollten dem Büro des VSS immer mitgeteilt werden. Am Rande besprochen wurden die Fragen um die Schweizerische Dissertationenzentrale und die Dokumentation über Auslandstipendien.

- Der DR nahm zustimmend von der Konzeption des Informationsressorts Kenntnis. Die Schwerpunkte der Tätigkeit werden dort die Zusammenarbeit mit den andern Ressorts zwecks Herausgabe optimal aufgebauter Dokumentationen und die Überprüfung der zur Verfügung stehenden Informationsmedien inner- und ausserhalb der Studentenschaften sein. Die Art der gegenseitigen Kontakte zwischen Vorstand einerseits und Sektionen wie DR und

Faktionen andererseits soll ebenfalls eingehend reflektiert werden.

Ausser der Verabschiedung des Arbeitsplanes beschäftigte der Gerichtswahlscheid gegen die studentische Zwangs-körperschaft in Basel den DR. Es wurde ein befristetes, unverzinsliches Darlehen in Höhe der Hälfte der fälligen VSS-Beiträge der Sektion Basel gewährt, um so eine direkte, materielle Hilfe zur Überbrückung der Notlage zu leisten. Die bevorstehenden Numerus-clausus-Abstimmung in Basel erschwert die Lage noch zusätzlich, da sich die Studentenschaft im Abstimmungskampf unbedingt intensiv engagieren muss, hier doch sogar die SP Basel (I) sich für die Einführung der Zulassungsbeschränkungen ausgesprochen. Zu diesem Problembereich verabschiedete der DR eine Resolution.

Nein zum Numerus clausus!

Der Delegiertenrat des Verbandes der Schweizerischen Studentenschaften (VSS) nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, dass die Probleme um die Aufnahmekapazitäten an den Hochschulen einer Lösung nicht näher gebracht, wird sich zuerst an die Einführung von Zulassungsbeschränkungen rückt. Verschiedenorts (Bern, Basel, Genf, Zürich) näher, der Numerus clausus, nicht Möglichkeiten, ihn zu vermeiden, beherrscht das Geschehen in der Hochschulpolitik. Ein mögliches, aber ohnehin bestehendes und weiten Kreisen der Bevölkerung zur Genüge bekanntes Lehr- und Aermangels bedingt ein NC – der sich zuerst an diesen Gebieten auswirkt – eine bewusste Duldung der prekären Lage. Daneben sind die Mittelschüler direkt betroffen: Die erzwungene Konkurrenz um die knappen Studienplätze wird in zusätzlicher Selektion (Prüfungen) organisiert und verschlechtert so das Klima an den Mittelschulen.

Der DR verurteilt diese «Notmassnahmen» auf dem Gebiet der Bildung. Sie sind ein Ausdruck jener fatalen Politik, die sich auf die Finanzknie der öffentlichen Hand vorwiegend im Bereich der Bildungs- und Sozialausgaben im sparten. Die DR ist der Meinung, dass es sich bei der Einführung des NC um ein nationales Politikum handelt: Wird nämlich der NC an einer Universität, in einem Fachbereich verhängt, so muss er sich mit Sicherheit auf alle übrigen Universitäten auswirken, da er die Plätze gesamt-schweizerisch verknappet. Damit ist ein weiterer Schritt auf einen generellen NC getan.

Der DR erklärt sich daher mit dem Kampf der Basler Studentenschaft gegen das Ermächtigungsgesetz zur Einführung des NC solidarisch. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, dass ihr Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ihr Nein entgegensetzen.

«Studentendemokratie» abgeklemmt

Und das ist dringend notwendig. In Basel wurde der Studentenschaft das Recht aberkannt, alle Studenten der Hochschule automatisch zu vereinen – ja nicht einmal die Mitgliederbeiträge derjenigen Studenten, die ihre Solidarität mit der Studentenschaft weiterhin zum Ausdruck bringen wollen, dürfen durch die Quästar der Universität einbezogen werden. Die Studentenschaft musste ein Notbudget zusammenstellen und selbst für die Einziehung der Semesterbeiträge besorgt sein. In Bern gibt es seit einiger Zeit eine sogenannte «Kasse für studentische Zwecke», die, verwaltet von einer Kommission, jeweils in väterlicher Güte und Weisheit entscheidet, welche Veranstaltungen und Aktivitäten der

St. Gallen bald wieder im VSS?

Neben diesen Hauptpunkten, die alle im weiten Sinn unter dem Aspekt der Stärkung der verfassten studentischen Organisationen gesehen werden müssen, befasste sich der DR mit folgenden Fragen:

- VSS-Komitee St. Gallen: Die Studentenschaft St. Gallen, die nicht mehr Mitglied des VSS ist, verlangte Diskussionsrecht am DR. Ihr Vertreter äusserte sich in dem Sinn, dass das VSS-Komitee St. Gallen nicht repräsentativ sei und ihm infolgedessen das Stimmrecht am DR nicht zuerkannt werden dürfe. Demgegenüber hielt der DR fest, dass das Komitee sowohl seinen Statuten wie auch seiner konkreten Aktivität nach den Anspruch habe, die Studentenschaft in den VSS zurückzuführen. Es vereinigte somit jene Kräfte, die die Mitarbeit im VSS suchten; diesen Kräften sei auch eine entsprechende Möglichkeit zur Mitbestimmung der VSS-Politik zuzugestehen. Das Stimmrecht des Komitees wurde formell festgehalten, und es wurde präzisiert, dass die normalen Kontakte des VSS zu St. Gallen über das Komitee zu laufen haben, solange die Studentenschaft nicht wieder dem Verband beiträgt. Indessen bestätigte der Vorstand seine jederzeitige Bereitschaft zu informellen Kontakten mit dem Studentenschaftsvorstand.
- Der Beitritt des VSS zur Genossenschaft für Wohngemeinschaften Basel

wurde erklärt, allerdings unter den Bedingungen, dass dieser Beschluss kein Präjudiz für ähnliche Fälle darstellen dürfe und dass sich der VSS nicht zu irgendwelchen über die statutarischen Verpflichtungen der Genossenschaftsmitglieder hinausgehenden Verbindlichkeiten bereit erklären darf.

- Die vorgesehene Dreierdelegation für das Europäische Studententag in Bonn wurde auf Vorschlag des Vorstandes auf einen einzigen VSS-Vertreter gekürzt; dies deshalb, weil der Verband der deutschen Studentenschaften erklärt hatte, er könne aus finanziellen Gründen die Reise- und Aufenthaltskosten für die Teilnehmer nicht tragen, wie dies ursprünglich geplant war. Selbstverständlich steht es einzelnen Studentenschaften frei, weitere Delegierte auf eigene Kosten zu entsenden.

- Es wurden Wahlen in verschiedenen Kommissionen und Gremien vorgenommen.

Fazit: Keine Überschwinglichkeit, keine Utopien, keine gefährlichen Experimente – dafür ein Delegiertenrat, der bereit ist, Kleinarbeit zu leisten, um die Stellung der Studentenschaften und des VSS wieder zu festigen. Fortschrittliche Politik hat nichts mit verbaler Revolutionsromantik zu tun: Die Gewissheit besteht, dass diese Erkenntnis sich durchgesetzt hat.

Werner G. Hoffmann

Presseschau zur Aargauer Studienverlaufsuntersuchung

Sachzwängerei

Ein Rauschen ging durch den Blätterwald: von ein Europa erstmalig. Untersuchung war die Rede, von asogar für Fachleute zum Teil höchst überraschendem Material und davon, dass die Interpretation der zusammengetragenen Daten mit den vorliegenden Berichten noch lange nicht erschöpft ist. Was war geschehen? Eine Forschergruppe der Vorbereitungsstufe der Hochschule Aargau hatte etwa 5500 Studenten schweizerischer Hochschulen nach verschiedenen Angaben über ihr Studium befragt und daraus ein umfangreiches Kompendium erarbeitet, das nun der Presse vorgestellt wurde. Eine ganz übliche soziologische Analyse also, würde man meinen, wenn auch unter ausnehmend grossem Aufwand erstellt. Eine verdienstvolle Arbeit, die der Hochschulplanung nützliche Impulse geben kann, und in einigen Aspekten gewisse auch eine echte Neuerung in der bislang doch eher auf wackligen Füüssen (sprich: ungesicherer Daten) stehenden schweizerischen Bildungsforschung. Nicht mehr, nicht weniger. Recht viel also im Vergleich zum Bestehenden – aber warum dieser Wirbel?

Ewige Liebe zur Hochschule?

Warum opfern nicht nur traditionellerweise bildungspolitisch interessierte Blätter, sondern auch solche, denen man eine derartige Schwerpunktssetzung beim besten Willen nicht zusprechen kann, recht ansehnlichen Raum für Berichte über die Aargauer Rechen? «Ewige Studenten verstopfen Hochschulen» – so titelt «die Tab», und damit ist auch gleich die genaueste Formulierung dessen gegeben, was die «Neuen Zürcher Nachrichten» (die «Basler Nachrichten») («Von ewigen Studenten und «Abrechern»), «La Stüsses» («Un quart d'étudiants éternels») und der Berner «Bund» («Vom normalen zum ewigen Studenten») nur verschämt andeuteten: Es ging eben gar nicht um eine mehr oder weniger sachliche Berichterstattung über eine wissenschaftliche Studie. Sonst hätte man auch etwa darüber referieren müssen, welche Zusammenhänge die Aargauer Forscher zwischen Informiertheit und Motivation einerseits und Studieneuler andererseits herausgefunden haben, welche Spezifika ihrer Sachzwänge zu jedem ist etwa so sinnvoll wie die Betreuung eines Autofahrers, an seinem Schleuderunfall sei er ganz unschuldig, nur die Reifen seien eben abgefahren gewesen...

tionsjahrgangs 1965 noch heute an unsere Universitäten rekrutiert sind und etwa gleich viele ihr Studium aufgegeben haben. Offenbar ging es vorrangig um Benutzung einiger weniger Ausschnitte dieser Studie zu propagandistischen Zwecken – zur Vorbereitung auf das, was von bürgerlichen Bildungstechnokraten so gerne als bedauerlicherweise unumgänglicher «Sachzwang» dargestellt wird. Die Formulierungen sind geläufig: Binnen kurzem wird man sich wohl behördlicherseits «gezwungen sehen», Regelstellungen einzuführen, man wird um «Verständnis für die Notwendigkeit» der Einführung des Numerus clausus bitten, man wird sich auf die «Bildungsfähigkeit der Bevölkerung» hinäussprechen – ach was, warum denn im Futurum? Man tut es ja längst. Der Rektor der Handelshochschule St. Gallen beispielsweise hat kürzlich explizit von der einfachen Antwort der Festlegung einer maximalen Semesterzahl bis zum Lizenziat gesprochen, der Numerus clausus begrüßt sich nicht mehr damit, vor der Türe zu stehen, und wie oft das Schlagwort der «Bildungsfähigkeit» ohne jede genauere Abgrenzung in letzter Zeit geäuert ist, mag man schon gar nicht mehr aufzählen.

Zwei Fragen liegen auf der Hand: Sind denn das nicht eben wirklich Sachzwänge? Und: Wenn es keine sind, wer hat ein Interesse daran, das Gegenteil so nachdrücklich und stets aufs neue zu behaupten?

Wölfe im Schafspelz

Zum ersten: Natürlich stehen diese «Sachzwänge» am Ende einer Entwicklung, die zu ihnen führen musste: Wenn man jahrelang massive Fehlverteilungen der Bildungsausgaben vornimmt (zum Beispiel Bau der luxuriösen Ausstellen der ETH auf dem Hönigerberg statt Schaffung von genügend Assistentenstellen), wenn man ebensolange Studentenberatung und Sozialerichtungen mit geradezu lächerlich geringen Leistungen bedient und wenn schliesslich die studentische Mitbestimmung immer wieder torpediert wird – dann darf man sich über mangelnde Studienmotivation und daraus folgende hohe Langzeitstudien- und Studienabbruchquoten nicht wundern. Hier von quasi unantastbaren Sachzwängen zu reden ist etwa so sinnvoll wie die Betreuung eines Autofahrers, an seinem Schleuderunfall sei er ganz unschuldig, nur die Reifen seien eben abgefahren gewesen...

Preisfrage: Wie ist die Berichterstattung eines bürgerlichen Pressewesens zu werten, in dem Selbstverständlichkeiten positive Ausnahmen sind? Wohl nicht ganz so positiv.

Das Bild ist korrekturbedürftig. Denn während man doch annehmen kann, dass sich jener Autofahrer mindestens nachträglich recht schaffen ärgern dürfte, scheint es, dass die Bekanntheit zu sogenannten Sachzwängen im bildungspolitischen Bereich gewissen Leuten verächtlich leicht über die Lippen gehen. Und wenn man dann gar aus der BRD (um genau zu sein: aus der Sendung «Monitor» der ARD) erfährt, dass an gewissen, stark vom Numerus clausus betroffenen Fakultäten noch freie Studienplatzkapazitäten vorliegen, und zwar ohne jeden zusätzlichen Ausbau – dann beginnt man doch sehr daran zu zweifeln, ob da alles mit rechten Dingen zugeht. Dann bleibt doch eigentlich nur noch die Vermutung übrig, NC, Regelstundenzeiten und verwandte Massnahmen dienen vor allem einmal der Disziplinierung (wer Kritik übt, gefährdet seinen Studienplatz), dem Aufrechterhalten sozialer Schranken (nur wer Geld hat, kann es sich leisten, seinen Studienbeginn längere Zeit zu verschieben und das Studium dann in Mindestzeit – also ohne parallelen Gelderwerb – abzuschliessen) und der Optimierung des Arbeitskräftemarkts mittels eines bequemen auf- und zuzurehenden Ventils. Und damit wäre ja nun auch die zweite Frage beantwortet, die nach den Interessen, denen solcherlei vermeintliche «Sachzwänge» dienen.

Um es nochmals mit aller Deutlichkeit zu sagen: Es geht hier keinesfalls um eine Verunglimpfung der Aargauer Bildungsforscher – wenn auch immerhin vermutet werden darf, dass die Art der Darstellung der Untersuchungsergebnisse gegenüber der Presse ihren Einfluss auf die Berichterstattung gehabt hat; indessen muss gerechterweise vermerkt werden, dass es auch anders ging: Ausgerechnet die «NZZ» (!) beschränkte sich auf eine völlig undemokratische Darlegung des Aufbaus der Studie unter dem neutralen Titel «Studienverlauf und Studienerfolg» – allerdings darf man auf die angekündigte «Würdigung zu einem späteren Zeitpunkt» gespannt sein. Ebenso ist folgende redaktionelle Bemerkung der Zeitung «La Suisse» als erfreulich sachlich zu werten: «Au sujet des «étudiants éternels», mentionnons que dans certaines universités des jeunes gens qui abandonnent leurs études rentent immatriculés lorsqu'ils n'ont pas demandé l'annulation de leur inscription.» Wir haben diese – eigentlich doch selbstverständliche – Anmerkung als positive Ausnahme gewertet.

Preisfrage: Wie ist die Berichterstattung eines bürgerlichen Pressewesens zu werten, in dem Selbstverständlichkeiten positive Ausnahmen sind? Wohl nicht ganz so positiv.

VSS-Vorstand/wgh

Zur Ausländerbeschränkung an den Hochschulen

Ausländer zwischen Jammer und Amboss

Seitdem die Schulleitung der ETH Zürich (den Herren Professoren) mitteilte, dass gemäss bundesrätlichem Willen ab sofort auch die Hochschulen der Begrenzung der Ausländerzahl unterstellt sind, ist die ETH-übliche Ruhe dahin.

Für einmal war die Lauffrichtung des Protestes umgekehrt, vom Entschien in ihrer Personallpolitik unmittelbar betroffen, stiegen die Professoren als erste auf die Barrikaden, verliessen diese angesichts der nahenden Überfremdungsabstimmung aber sofort wieder und verzichteten auf keine Stellungnahme, die unvermeidlich in das Für und Wider des Abstimmungskampfes geraten wäre.

Nach wiedererlangter akademischer

Mitarbeiter und Doktoranden der ETH (AVETH) brach sofort nach Bekanntgabe der neuen Verordnung ein lautes Wehklagen aus. Krankheit und Absentismus griffen um sich, und der übriggebliebene Rest sammelte sich zu einem moralischen Gefecht gegen den Bundesbeschluss. In einem mit «Hochschulmanifest» betitelten Traktätchen heisst es unter anderem, mit dem Be-

GEWERKSCHAFT KULTUR ERZIEHUNG und WISSENSCHAFT

Besonnenheit fiel denn auch das Urteil der Dozenten weit milder aus: auf dem Freizügigkeit nun eine Lebensgrundlage unserer Hochschulen in Frage gestellt wird, und sah in eine trübe Zukunft, in der die ETH zu einer Provinzuniversität abgesunken sein würde. Obwohl die Dozenten den in Frage gestellten internationalen Austausch unter Hochschulen losgelöst vom Überfremdungsproblem betrachten wollten, suchten sie zum Verständnis dafür, dass es dabei nicht um ein Privileg, sondern um eine unerlässliche Voraussetzung des Gedeihens unserer Hochschulen geht.

Verlag der Fachvereine an der ETH-Zürich
Universitätsstrasse 19
8006 Zürich, 01/47 99 85

Wir helfen Ihnen bei Ihren
Dissertationen
Vorlesungsskripten
Berichten
Wir lassen für Sie setzen, drucken, perforieren, rillen, den Umschlag einhängen oder heften, paginieren, lithographieren, photokopieren, gestalten, kalkulieren.
Wir beraten Sie bei Format, Schriftart, Schriftgestaltung, Schriftgrad, Satzspiegel, Durchschnitt, Schriftgrösse.
LASSEN SIE SICH HELFEN!

Moçambique wird unabhängig

Unser Volk wird vereint sein

Portugal hat - mit einer veränderten Regierung im eigenen Land - die Kraft des Befreiungskampfes in Moçambique anerkennen müssen. Unter Mehrheitsbeteiligung der FRELIMO übernimmt eine neue Regierung die schwierige Aufgabe, inmitten von Kriegselend und Naturkatastrophen (Überschwemmungen) eine echte demokratische Struktur für das Volk aufzubauen.

Am 7. September dieses Jahres wurde nach zweitägigen Verhandlungen in Lusaka das Abkommen über die Unabhängigkeit von Moçambique durch Samora Machel, den Präsidenten der FRELIMO (Befreiungsfront für Moçambique), und Mario Soares, den Außenminister Portugals, unterzeichnet. Dieses Abkommen ist ein grosser Sieg des Volkes von Moçambique über den portugiesischen Kolonialismus.

sen Bevölkerung zu putschen. Sie besetzten die Radiostationen und forderten die Bevölkerung, die Armee und die weissen Moçambiquaner in Südafrika auf, sich ihnen anzuschliessen.



FRELIMO-Freiheitskämpfer in Moçambique

Ein Abkommen zu Unabhängigkeit

- Der portugiesische Staat akzeptiert die Machtübergabe an die FRELIMO nach folgenden Prinzipien:
1. Die vollständige Unabhängigkeit wird am 25. Juni 1975 ausgerufen.
2. Folgende Regierungsstrukturen garantieren die Machtübergabe in der Übergangszeit:
a) ein portugiesischer Hochkommissar, b) eine gemischte (d. h. portugiesisch-moçambiquanische) Übergangsregierung, c) eine gemischte Militärkommission.
3. Die Aufgabe der Übergangsregierung ist die Vorbereitung der Unabhängigkeit, die wirtschaftliche und finanzielle Verwaltung des Landes übernehmen, sie hat die Befugnis, Gesetze zu erlassen.
4. Der Premierminister und zwei Drittel der Regierung werden von der FRELIMO ernannt (6 Minister), ein Drittel vom Hochkommissar (3).
5. Die Militärkommission ist zusammengesetzt aus gleich vielen Angehörigen der Streitkräfte der FRELIMO wie Portugals. Ihre Aufgabe ist die Kontrolle des Waffenstillstands.
6. Die Polizei ist dem Hochkommissar unterstellt.
7. Der unabhängige Staat Moçambique wird vollständig souverän sein in seiner Innen- und Aussenpolitik; er wird jene politischen und sozialen Strukturen wählen, die er im Interesse seines Volkes für richtig hält.
8. Die FRELIMO, die immer zwischen dem portugiesischen Volk und dem Staat unterschieden hat, wird sich einsetzen für die brüderliche Zusammenarbeit zwischen Portugal und Moçambique.

Politik gegen die USA gerichtet ist, wird dadurch verständlich, dass diese eng mit den portugiesischen Kolonialherrschaft verbunden waren - und es mit den anderen Kolonialherrschaften noch immer sind.

Der Aufbau einer echten Demokratie

Einige Auszüge aus der Rede von Samora Machel, dem Präsidenten der FRELIMO, anlässlich der Einsetzung der Übergangsregierung (20. 9. 1974):
... Die Einsetzung der Übergangsregierung eröffnet eine neue Phase in unserer Geschichte, die Phase des endgültigen Menschens zur Unabhängigkeit ... Das Erbe, dem wir gegenüberstehen, ist Analphabetismus, Krankheit, Hunger, Armut. Wir sehen, dass unser Volk - und vor allem die ländliche Bevölkerung - unter unmenschlichen Bedingungen in Armut und Ausbeutung lebt. Wir sehen Zerstörung, Ablehnung, Hass, geschaffen durch Jahrhunderte der Unterdrückung und verstärkt durch den kolonialen Angriffskrieg, den die Reaktionskräfte, Kolonialisten und Faschisten führten, um uns zu spalten und zu verwirren. Die Übergangsregierung steht daher vor einer komplexen Situation, und ihre Aufgaben sind schwierig. Die Schwierigkeiten waren jedoch vor einem Jahrzehnt, als wir den Kampf begannen, noch viel grösser ... Die Übergangsregierung unter der Führung der FRELIMO hat die grundlegende Aufgabe, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass die demokratische Macht des Volkes auf Gebiete ausgedehnt wird, die noch unter Kolonialherrschaft stehen. Während für Millionen Moçambiquaner, die in den befreiten Gebieten ihre Macht bereits errichtet haben, dies bereits Wirklichkeit und praktische Erfahrung ist, trifft dies für den Rest des Landes nicht zu ... Wir werden eine wirkliche Demokratie im ganzen Land aufbauen. Dies ist das zentrale Prinzip der FRELIMO, welches das politische Leben innerhalb der Organisation und im nationalen Aufbau in den befreiten Gebieten geleitet hat. FRELIMO demokratische Volksergieung unterscheidet sich von der Kolonialregierung auch durch ihren kollektiven Arbeitsstil, gemeinsamen Diskussionen und Analyse von Problemen, Zusammenarbeit und Aufhebung der Aufteilung in verschiedene Arbeitsektoren ... Wir wollen deshalb, dass die Führer einfach und mit dem Volk leben, dass sie die ihnen anvertraute Aufgabe nicht in ein Privileg umwandeln, in ein Mittel, Besitz anzuhäufen oder Gefallen zu erweisen. ... Was den Staat und seine Einrichtung angeht, ist es zuerst nötig, zu entkolonialisieren und zweitens, die angemessene Struktur für die demokrati-

sche Macht des Volkes aufzubauen ... Obwohl wir Anregungen von den revolutionären Erfahrungen anderer Völker bekommen können, werden wir uns auf die spezifischen Bedingungen unseres Landes stützen und auf die Grundlage unserer Originalität.

Einem umfassenderen Artikel über den Putsch in Portugal und seine Auswirkungen auf die ehemaligen portugiesischen Kolonien hat «konzept» in seiner Mainnummer gebracht. Die Nummer (5/74) ist gegen 1.50 Fr. zu beziehen bei «konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich.

... Die Schulen müssen in vorderster Front stehen in unserer harten und bewussten Schlacht gegen Analphabetismus, Unwissenheit und Aberglauben. Sie müssen Zentren sein, um die kolonialistisch-kapitalistische Mentalität auszuschleichen, auch die negativen Aspekte der traditionellen Mentalität, Aberglaube, Individualismus, Egoismus, Elitismus und Ehrgeiz müssen dort bekämpft werden. Es darf keinen Platz geben für soziale, rassistische oder geschlechtliche Diskriminierung. Vor allem müssen die Massen Zugang und Macht in den Schulen, Universitäten und in der Kultur haben. Wir stehen in

einer Revolution, deren Fortschreiten von der Schaffung eines neuen Menschen mit einer neuen Mentalität abhängt.

Von jetzt an müssen wir uns mit Begeisterung in die Gesundheitsarbeit unter den breiten Massen stürzen, um die Ursache der Krankheiten auszuschleichen, die Essensgewohnheiten zu verbessern, indem man die Nahrung bereichert und unhygienische Traditionen eliminiert. Auf diesem Gebiet müssen wir der Präventivmedizin Priorität geben, die unseren jetzigen Fähigkeiten entsprechen. Diese Arbeit ist nicht einfach eine bürokratische oder technische Aufgabe, sondern vor allem ein politischer Kampf, der die Mobilisierung des Volkes verlangt. Anja Riöönd

Walter M. Diggelmann: «Erlesenes»

Vom Glück der besten Jahre

In diesen Tagen ist mir ein Buch in die Hände geraten mit dem Titel «Das Glück der besten Jahre». Der Autor nennt sich Ernst Steiger. Herausgegeben wurde dieses Buch vom «Verlag Volksgesundheit Zürich». Das könnte missverständlich machen; «Volksgesundheit» tönt so penetrant, erinnert an vergebene ungeschöne, ja hässliche Epochen.

Doch dieses Buch ist lesenswert. Für ältere Jahrgänge konzipiert, aber doch für die jüngeren eigentlich gedacht. Das Buch trübt das Problem des Alternwerdens. Wie wir uns darauf vorbereiten können - und müssen. Und wir müssen uns in unserer Jugend darauf vorbereiten. Theodor Heuss soll einmal gesagt haben: «Man muss auf anständige Weise verstehen, älter, vielleicht alt zu werden, um die Chance zu wahrnehmen, jung zu bleiben.» Und die grossartigsten Schauspielerin Françoisse Rosay soll einmal gesagt haben: «Kluger Menschen verstehen es, den Abschied von der Jugend auf mehrere Jahrzehnte zu verteilen.»

Ich wünsche, dass viele junge Menschen in diesem Buch lesen. Die jungen Menschen werden auch einmal älter. Sogar ich bin älter geworden. Und es ist schön, älter zu werden, vorausgesetzt, man hadert nicht damit, vorausgesetzt, man ist einigermaßen darauf vorbereitet. Die jugendliche «Weisheit «Traue keinem über vierzig ist wohl eher als Dummheit zu apostrophieren. Der kluge und gebildete Junge ist zugleich ein «Älterer», der «Ältere» ist auch ein «Jünger». Das tönt pastoral, ich weiss, aber die Theologie ist zu wichtig für uns, als dass wir sie ausschliesslich den Theologen überlassen dürfen, wie ein Pater am vergangenen Sonntag im «Wort zum Sonntag» am Schweizer Fernsehen gesagt hat.

Der Autor des Buches, das ich hier empfehle, benützte früher einmal ein anderes Pseudonym, er nannte sich Peter Surava. Er war Chefredaktor der berühmten Jahrgänge «Nation». Und die «Nation» war in den vierziger Jahren die einzige wirklich effiziente antifaschistische Wochenzeitung der Schweiz. Ich habe erst kürzlich wieder einmal sämtliche Jahrgänge dieser Zeitung im Lesesaal der Zentralbibliothek gelesen. Dass die Bürgerlich-Liberalen im Verein mit den Sozialdemokraten in der Nachkriegszeit den Peter Surava zur Sau gemacht haben, verwundert mich nicht, macht nur deutlich, dass auch bei uns die «Überalt» aufhört, wo einer nach den Wurzeln eines Übels gräbt, also wo einer radikal wird.

Peter Surava, der die «Nation» kurz nach Kriegsende verliess und im Auftrag der PdA die Zeitung «Vorwärts» gründete, wurde infam mitgespielt. Liberale Drahtzieher brachten es fertig, die bündnerische Gemeinde Surava dazu zu bewegen, ihm das Pseudonym Surava streng zu machen. Er, der angeblich Kommunist war, dürfe nicht den Namen eines hochsitzienden katholischen Ortes missbrauchen. Unsere

hehren Gerichte verboten Peter Surava, sich weiterhin Surava zu nennen. Nur noch den Vornamen seines Pseudonyms, Peter, durfte er auch weiterhin führen.

Nachdem sie ihm den Namen, unter dem er berühmt geworden war als Kämpfer gegen krasse soziale Ungerechtigkeiten und parteipolitische «Dreckeleien» aufgedeckt hatte, weggenommen hatten, publizierte er mit dem Hinweis «vormals Peter Surava». Das konnten sie ihm nicht verbieten. Also mussten sie neue Infamien erfinden, um ihn «fertigmachen». Und sie, die Bürgerlichen wie die verbrügerlichen Sozialdemokraten, fanden heraus, weshalb die «Nation» nach Suravas Abschied nicht mehr die hohen Auflagen erreichte, nicht mehr gewinnbringend war: Surava habe nach seinem Ausscheiden einen untragbaren Vertrag mit einer Verteilerorganisation unterzeichnet, er habe dieser Verteilerorganisation eine Gewinnmarge zugubilligt, die wirtschaftlich nicht zu verantworten sei, und vor allem: er habe kriminell gehandelt, sich des Betrugs schuldig gemacht, weil er diese Machenschaften nach seinem Rücktritt begangen habe mit der Absicht, die «Nation» zu schädigen und das Blatt «Vorwärts» zu fördern. Peter Surava wurde schuldig gesprochen. Erstes und letztes Beweistück: einer wissenschaftliche Expertise über das Alter der von Peter Surava benützten Tinte.

Peter Surava alias Peter Hirsch alias Ernst Steiger war mit diesem Schuldanspruch liquidiert. Keine Zeitung mochte ihn mehr beschäftigen, er schrieb unter einem Pseudonym Hörspiele, erfolgreiche, für Kinder, aber es kam der Tag, da seine Gegner auch das entdeckten, ihn denunzierten und Radio Schweiz (damals «Beromünster») ihn liquidieren musste. Mit Bedauern selbstverständlich. Der Wahrheit zuliebe sei gesagt, dass auch unsere Kommunisten mit diesem Peter Surava nichts mehr zu tun haben wollten.

Peter Suravas Anwalt hatte an das Bundesgericht appelliert. Doch dieses Bundesgericht arbeitete langsam. Schliesslich zog Peter Surava die Appellation zurück, was seinen Anwalt so sehr erbitterte, dass er seinen einstigen Klienten noch heute nicht grüsst.

Eine Woche, nachdem Peter Surava auf die Appellation verzichtete hatte, fand in Paris eine Konferenz mit Fachleuten über Schrifttypen statt. Es wurde am Ende der einwöchigen Konferenz einmütig festgestellt, dass die bisherigen Methoden von Schrift- und Tintenanalysen unwissenschaftlich und daher ungültig seien. Anschliessend wurde gesagt, aufgrund der bisher angewendeten Methoden seien allzu viele Menschen unschuldig verurteilt worden.

Man könnte diese durchaus exemplarische Geschichte unter dem Titel «Unschuldigmachung des Peter Surava» schreiben. Er hat unter dem Namen Ernst Steiger «Das Glück der besten Jahre» geschrieben. Das ist lesenswert.

Streiflichter

In der Spalte «Streiflichter» sollen in unorthodoxer Weise Aspekte der sog. «Kulturwelt» besprochen werden. Wohlwemerkt: Wir wollen Kultur in einem erweiterten Zusammenhang sehen, also nicht nur so, wie sie die Elite empfindet, sondern so, wie sie fürs Volk von Bedeutung ist.

Si paga o non si paga?

Vom 20. bis zum 22. November gastierte im Zürcher Stadthof 11 Dario Fo mit seiner Comune di Milano. Am 23. November las ich im «Tages-Anzeiger» einen Artikel «Die Berliner Schaubühne vor dem Konkurs». Darin stand zu lesen, dass dieses Theater trotz unbestritten künstlerischen Erfolgen bis Ende dieses Jahres ein Defizit in der Höhe von einer Million DM erreicht haben werde. Der Grund: die Vervielfachung der theatralischen Wirkungsmittel, d. h. immer aufwendigere Inszenierungen, eine immer mehr in den Zuschauerraum übergreifende Bühne und, als Folge davon, eine sich ständig reduzierende Platzzahl und damit auch ständig sich reduzierende Einnahmen. Die Schaubühne, so hiess es in dem Artikel, werde demnächst überhaupt auf Zuschauer verzichten und die Aufführungen per Monitor ins Theaterrestaurant übertragen. Der Witz enthält mehr als nur das sprichwörtliche Quoten Wahrheit. Im gleichen «Theater 11», in dem noch im vergangenen Februar Peter Steins Inszenierung des Stücks «Prinz Friedrich von Homburg» zu sehen war, spielte nun also Ende November Dario Fo mit seinem Mailänder Theaterkollektiv «Si paga o non si paga?». Es wird niemand behaupten wollen, die Bühne des Stadthofs 11 habe imosphäre. Dario Fo und seine Leute

jedoch kaum ohne kostbare Kostüme und ohne teure Samtverkleidung aus, und Stimmung stellte sich dennoch ein. Wie schon ein Jahr zuvor nahmen sie auf Korn, was die unmittelbare Wirklichkeit an Missständen und Ungerechtigkeiten zu bieten hat, und sie taten es mit Humor und überschäumendem Temperament, mit kritischem Verstand und fulminanter Lust am Spiel. Dario Fo bezieht in Mailand keine Subventionen in der Höhe von fünf Millionen DM, er hat kein Theater zur Verfügung wie Peter Stein, er spielt in leeren Markthallen und alten Fabriken, er spielt, wenn die Witterung es erlaubt, im Freien, aber er spielt vor Tausenden von Zuschauern. Vor Zuschauern aus allen Bevölkerungsschichten, nicht nur vor verwöhnten Intellektuellen, die sich im sogenannten linken Theater ihr ideologisches Alibi beschaffen. Peter Stein jedoch greift zurück auf 19. Jahrhundert, auf Kleist, Goethe, Ibsen und Hofmannsthal, angeblich um die Brüchigkeit der bürgerlichen Gesellschaft darzustellen. Aber diese Brüchigkeit wird ihm zum Anlass, einen ästhetischen Aufwand zu betreiben und einen Prunk zu entfalten, vor dem selbst das 19. Jahrhundert die Waffen gestreckt hätte. Peter Stein gehört zu denen, die das Theater für den Mann von der Strasse, den ach so beliebten und von den Intellektuellen so gehät-

schelten Arbeiter propagieren. Nur: der Mann von der Strasse kann mit seinen zehrenden und geschmäckerlichen Inszenierungen kaum etwas anfangen, der langweilt sich in den fünf Stunden sich hinziehenden Auführungen, genauso wie sich die Intellektuellen langweilen, aber die geben's nicht zu.

Bei Dario Fo jedoch hat sich noch keiner gelangweilt, weder der Arbeiter noch der Intellektuelle. Denn Dario Fo hat ein begriffen: Theater macht man nicht mit dem ideologisch erhobenen Zeigefinger, sondern mit Unterhaltung, und das Lachen ist noch immer das wirksamste Vehikel, um unbenutzbare Botschaften zu transportieren. Nur gründlich indoktrinierten Leuten ist das Lachen suspekt. Dario Fo ist nicht umsonst Showmaster gewesen, bevor er sein eigenes Theater gründete, er kennt seine Pappenheimer, und er kennt die Mittel, mit denen er ihnen das Essen schmackhaft machen kann. Aber statt diese Quälzenden zu moderieren und Schulzensänger zu präsentieren, macht er ein Theater aus dem herrschenden System an die Wurzeln geht; aus dem Showgeschäft hat er lediglich die Mittel übernommen, die Mittel von denen er weiss, dass sie die Leute vom Bildschirm weg wieder ins Theater zu locken vermögen.

Diesen Mitteln steht ein Peter Stein mit Verachtung gegenüber. Er mag's lieber elitär. Aber das Elitäre ist nicht mehr faszinierend, es ist abgestumpft, sondern es schliesst auch aus: jene nämlich, für die man im Grunde zu spielen vorgibt. So frisst sich denn die Bühne immer mehr in den Zuschauerraum hinein, bis eines Tages kein Raum für die Zuschauer mehr da ist. Spätestens dann ist das Theater - ein Wort, das von schauen kommt, und Schaubühne heisst denn auch das Haus am Halleschen Ufer tot, und die da spielen, spielen nur noch für sich selbst.

Klara Obermüller

Ein Heer zur Verhinderung der Unabhängigkeit

In der freien Welt sammeln sich Söldner, welche die von den Portugiesen aufgebene Aufgabe wieder aufnehmen wollen: die Verhinderung der Unabhängigkeit der afrikanischen Länder. Nach Meldungen der Tagespresse soll bei der Rekrutierung auch der Schweizer Hans Lenzinger mitwirken (was er jedoch bestritt), jener Lenzinger, welcher sich in Genäva engagiert an der Fluchtlinie für Flüchtlinge aus den Ländern des europäischen Ostens bereichert. Wenn die Meldungen nicht wiederlegt werden können, muss man annehmen, dass am 1. Dezember in Genäva ein erstes Schiff für die Fahrt nach Moçambique die Anker werft, mit Söldnern, worunter auch Schweizer Offiziere sein sollen.

Ski Skifahren Ski-Rail-Suisse

1 Tageskarte

2 Tageskarten

3 Tageskarten

Zürich-Davos
retour + Tageskarten
Jakobshorn oder Rinerhorn

Fr. 45.- Fr. 59.- Fr. 72.-

Basel-Davos
retour + Tageskarten
Jakobshorn oder Rinerhorn

Fr. 51.- Fr. 65.- Fr. 78.-

Hinfahrt: je Frühzug am Freitag,
Samstag, Sonntag
Rückfahrt: je Abendzug am Samstag,
Sonntag, Montag

Zürich-Andermatt
retour + Tageskarten
Gemsstock-Bahnen

Fr. 37.- Fr. 52.-

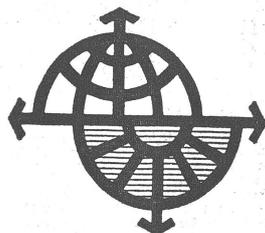
Hinfahrt: Frühzug am Freitag,
Samstag, Sonntag

Rückfahrt: Abendzug am Samstag,
Sonntag

Für: Jugendliche bis 21, vollmatrikulierte Schüler und Studenten öffentlicher und staatlich anerkannter Lehranstalten ohne Altersgrenzen.

ab 20. Dezember 1974 bis Ende März 1975.

2.-Klass-Billette, Hin- und Rückfahrt, 10 Tage gültig gemäss Kundenfahrplan.



Schweizerischer Studentenreisedienst

Verkauf ab 16. Dezember 1974 beim SSR Basel
und Zürich oder Telefon (01) 32 02 36

Flott! Flötter! Am flöttesten!